

**Ein Vierteljahrhundert
Organisationen
der Chemiewirtschaft
in Bayern**

VORWORT '71

In den Anfang dieses Jahrzehnts fallen die Gedenktage zahlreicher Organisationen und Institutionen, die — vor einem Vierteljahrhundert gegründet — mit den Folgen der nicht beachteten Erfahrung, daß hinter der Hybris die Nemesis lauert, fertig werden mußten.

Dem schwindenden Geschichtsbewußtsein der Gegenwart mag es überflüssig erscheinen, nach fünfundzwanzig Jahren den Verdacht auszulösen, Restbestände an unbewältigter Vergangenheit aufarbeiten zu wollen. Heute läßt sich ohne Überhebung sagen, der Wiederbeginn nach 1945 setzte ein Zukunftsbewußtsein voraus, daß dem progressiven Tiefsinn gegenwärtiger Verkünder einer sich selbst zerstörenden Welt haushoch überlegen war. Den Umgang mit Katastrophen wird jede Zukunft immer wieder lernen müssen — unsere Erfahrung sollte davor warnen, sie selbst auszulösen. So mag das in fünfundzwanzig Jahren entstandene »Establishment« sich dem kritischen Urteil der Geschichte stellen in dem Bewußtsein, daß sein reibungsloses Funktionieren unentbehrlich bleibt.

Der Verfasser dankt allen Helfern, die ihn mit Unterlagen, Erinnerungen und Ratschlägen zu der vorliegenden Arbeit unterstützt haben, besonders aber jenen Gefährten, die dieses Jubiläum nicht erlebten.

Mai 1971



PROFESSOR DR.-ING. S. BALKE

Die Nachkriegsgeschichte der Wirtschaftsorganisationen begann 1945 in einer Welt ohne Märkte und Maschinen. Der militärische Zusammenbruch hatte eine Katastrophe ohne Beispiel in der deutschen Geschichte eingeleitet. Es gab im Mai 1945 keine handlungsfähige deutsche Regierung mehr, Auflösungserscheinungen in allen Schichten der Bevölkerung, materielle Not, der unmittelbare Übergang von einem totalitären System in ein militärisches Besatzungsregime lähmte zunächst die Aktivitäten auch in der Wirtschaft. Die Schockwirkung der Niederlage mit ihren moralischen und psychologischen Folgen ließ den Gedanken an einen Wiederaufbau sinnlos erscheinen.

Rückblicke auf die Anfänge, das Chaos zu überwinden, beginnen daher meist mit der Währungsreform 1948 — ein historisches Unrecht aber gegenüber den vergessenen Jahren ab 1945, in denen eigentlich die Grundlagen für eine zukunftsorientierte Wirtschaftsordnung geschaffen wurden. Vielen Veteranen dieser Jahre der Not erscheint das Interregnum ohne Institutionen und organisierte Interessen als eine nicht wieder erreichte Periode optimaler Zusammenarbeit aller Gesellschaftsschichten.

Start im Nebel

Die Versuche, in dem desolaten Zustand der Volkswirtschaft irgendeine Art von Ordnung zu errichten, waren vorerst auf das bloße Überleben eingestellt. Die Reste der öffentlichen Verwaltung funktionierten unter den Vorschriften der Besatzungsmächte zwar besser, als es der damaligen Gegenwart erschien, sie konnte aber vor allem der Wirtschaft wenig helfen. Ein vielfach improvisiertes Verwaltungsnetz entstand relativ schnell im Rahmen der Gemeinden, Städte und Landkreise. Auf einer unzureichenden Ernährungsbasis unter Beibehaltung der Bewirtschaftungsmaßnahmen auf der Grundlage des Besatzungsrechtes wurde versucht, ein Existenzminimum zu sichern. Wirtschaftsbeziehungen zwischen den zunächst vier Besatzungszonen im ehemaligen Deutschland stießen sich an den begrenzt arbeitsfähigen Verwaltungsstufen, von denen die Landkreise die höchsten waren. Versuche, die durchschnittlichen Verbindungen und abgerissenen Geschäftsbeziehungen durch persönliche Fühlungsnahme wieder herzustellen, waren strapaziöse Abenteuer.

Für Bayern war die Besatzungsverwaltung der US-Zone zuständig; unter der Bezeichnung OMGUS (Office of Military Government) wurde sie beim Wiederaufbau der Wirtschaft nach Überwindung des politischen Mißtrauens nicht gerade zum Freund und Helfer, aber zu einem Bundesgenossen in der Abwehr einer drohenden Anarchie.

Die öffentliche Weltmeinung war unter dem Eindruck der Kriegsfolgen nicht geneigt, den desolaten Zustand der deutschen Wirtschaft bald zu beheben. Die Siegermächte hatten durch einen alliierten Kontrollratsbeschluß vom 26. 3. 1946 einen „Plan für Reparationen und das Niveau der deutschen Nachkriegswirtschaft“ beschlossen. Seine Grundlage war die Geheimdirektive für den „Joint Chief of Staff“, JCS 1067, vom sogenannten „Morgenthau-Plan“ beeinflusst, wonach Deutschland in ein Land des Ackerbaus und der Weidewirtschaft umzuwandeln war. Der Kontrollratsplan begrenzte die deutsche Industrieproduktion auf etwa 70—75% des Standes von 1936. Für die Rudimente der deutschen Wirtschaft kamen zwei harte Jahre bis zum Erlaß der Richtlinien JCS 1779 vom 11. 7. 1947. Sie brachten —

unter dem Einfluß der Außenminister Byrnes und Marshall — Erleichterungen, die später in dem Programm zur Wiederaufrichtung Europas (Marshallplan, ERP) mündeten und schließlich zur OEEC und OECD führten.

In der US-Besatzungszone machten sich die ersten Anzeichen eines Kurswechsels der Besatzungspolitik schon 1945 bemerkbar. Die Militärregierung beauftragte einige Vertrauenspersonen aus der Wirtschaft, die Neugründung von Wirtschaftsorganisationen in die Wege zu leiten. Während die Gewerkschaften als zuverlässig demokratische Organisationen anerkannt waren, hatte die Militärregierung fast sämtliche Wirtschaftsverbände verboten. Eine entsprechende Verordnung war vom bayerischen Wirtschaftsministerium im Oktober 1945 erlassen worden.

Aber schon am 17. August 1945 fand im Auftrag der Militärregierung in München eine Besprechung von Vertretern bayerischer Chemiefirmen statt. Einberufer war Dipl.-Ing. Eugen Bunzl, Zweck der Zusammenkunft war die Gründung einer wirtschaftspolitischen Organisation der chemischen Industrie in Bayern, die als Verhandlungspartner für die Militärregierung und eine künftige Staatsregierung geeignet sein sollte. Fünfundzwanzig Teilnehmer der Zusammenkunft ermächtigten den Vertreter der Firma Chemische Fabrik Aubing GmbH., Dr. S. Balke, die Gründung eines solchen Verbandes vorzubereiten.

Langwierige Verhandlungen waren notwendig, um die Voraussetzungen hierfür zu klären. Der demokratische Dirigismus in den Bestimmungen der Militärregierung und der geforderte streng föderalistische Aufbau der allmählich entstehenden Wirtschaftsverbände schlugen sich in den Satzungsentwürfen und dem Aufbau der Vereinsorgane nieder. Noch 1947 mußte über die Aufnahmebedingungen für Mitgliedsfirmen verhandelt werden, da die Militärregierung keine einschränkenden Bestimmungen zulassen wollte, die z. B. die Mitgliedschaft von einer bestimmten Zahl der Beschäftigten oder dem Vorhandensein entsprechender technischer Einrichtungen abhängig machten. Das Problem wurde auf Grund der später genehmigten Satzung im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium bewältigt.

Die organisatorische Grundlage der gewerblichen Wirtschaft war auch in Bayern durch den Zusammenbruch 1945 praktisch verloren gegangen. Immerhin fand sich eine unerwartet große Zahl von Firmen der Chemiewirtschaft zu einer Verbandsgründung bereit.

Wertvolle Überlieferung

Chemieunternehmen sind in Bayern seit langer Zeit heimisch. Eine — hier nur lückenhaft mögliche — Übersicht mag einen Eindruck geschichtlicher Überlieferung vermitteln.

Als älteste bayerische Chemiefirma besteht die 1719 gegründete Wachsbleiche und Wachswarenfabrik *J. M. Miller* über 250 Jahre. Mehr als 200 Jahre arbeitet die 1765 gegründete Firma Farbenfabriken *Michael Huber KG* auf ihrem klassischen Gebiet der Druckfarben. Die Firma Chemische Fabrik *Samuel Fr. Holtzapfel* wird 1972 ihr zweihundertjähriges Bestehen feiern. 1788 wurde die Chemische Fabrik *Marktredwitz AG* gegründet. Seit 1861 bestehen die Vereinigten Farben- und Lackfabriken; im Jahre 1880 errichtete *Otto Perutz* ein Werk für chemische und fotochemische Produkte. Aus der im Jahre 1857 gegründeten

Bayerischen Aktiengesellschaft für chemische und landwirtschaftlich-chemische Fabrikation in Heufeld entstand die heutige *Südchemie AG*. Im Jahre 1949 bestand die Firma Heinrich Mack Nachf., Illertissen, 100 Jahre.

Um die Jahrhundertwende entstanden zahlreiche weitere Unternehmungen auf vielen Fachgebieten der Chemiewirtschaft. Einen starken Impuls für eine neue Entwicklung gab die Gründung des Unternehmens, aus dem die heutige *Wacker-Chemie GmbH* entstand, durch Dr. Alexander Wacker. Mit ihr wurde die Karbid- und Acetylen-Chemie zur Grundlage eines breiten Fabrikationsprogramms und zum Anknüpfungspunkt für die Ansiedlung der Petrochemie in Bayern.

1902 war das Werk Gersthofen der heutigen *Farbwerke Hoechst AG* entstanden und 1908 wurde im „Chemie-Dreieck“ zwischen Inn, Alz und Salzach die großtechnische Herstellung von Kalkstickstoff durch die *Süddeutsche Kalkstickstoff-Werke AG* begonnen.

Obwohl die chemische Industrie in Bayern somit schon vor dem zweiten Weltkrieg ungeachtet schwerwiegender Standortnachteile ein beachtlicher Teil der bayerischen Wirtschaft war, wurde ihre Daseinsberechtigung nach 1945 ernsthaft bezweifelt. Die Kriegswirtschaft und ihre Folgen, Zerstörungen, Arisierungen, Demontagen, Menschenverluste, Markteinbußen, erhöhte Versorgungsschwierigkeiten bei Rohstoffen und Energie ließen eine gewisse Resignation verständlich erscheinen. Hinzu kamen Tendenzen, die eine Schwerpunktbildung der chemischen Industrie — nach dem Verlust der Standorte in Ostdeutschland — in ihren „klassischen“ Gebieten Westdeutschlands verfolgten.

Ein erster Status-Bericht der gesamten bayerischen Industrie stammt von der „Industry Branch, Office of Military Government for Bavaria“, der auf Grund einer Fragebogenaktion (Industrial Investigation Report) schon im Dezember 1945 veröffentlicht wurde.

Schon aus dieser ersten — nicht allzu objektiven — Inventur des damaligen Zustandes ließ sich ableiten, daß eine gemeinsame Vertretung der Chemiefirmen gegenüber den regierenden Kräften in Gestalt einer Organisation unentbehrlich war.

Von der Improvisation zur Organisation

Die Vorbereitung der Vereinsgründung erforderte etwa ein Jahr, das vor allem mit einer Inventur der noch bestehenden Chemiefirmen und mit dem Entwurf einer Satzung ausgefüllt war. Hierfür wurde ein Satzungsausschuß aus Vertretern der präsumtiven Mitgliedsfirmen gegründet, der unter Vorsitz von Dr. Hellmuth Holz (*Wacker-Chemie*) die Erfordernisse einer arbeitsfähigen Organisation mit den Bestimmungen der Militärregierung in Einklang zu bringen hatte.

Auch die Umbildung der Bayerischen Staatsregierung im Herbst 1945 erschwerte die vorbereitenden Arbeiten beträchtlich. Erst als das Staatsministerium für Wirtschaft Dr. Balke als vorläufigen Vorsitzenden des zu bildenden Vereins bestätigte, konnten die organisatorischen Arbeiten stärker vorangetrieben werden.

Eine Satzung, die im wesentlichen der Mustersatzung des Wirtschaftsministeriums für Fachvereine entsprach, erhielt die Zustimmung des Wirtschaftsministeriums und trotz einiger

Schönheitsfehler — die zu beseitigen die erste Mitgliederversammlung Gelegenheit hatte — auch die der überwiegenden Mehrzahl der Mitglieder. Damit war das organisatorische Gerippe für die praktische Vereinsarbeit gegeben.

Es zeigte sich sehr bald die Notwendigkeit, einzelne Fachabteilungen zu bilden, die Fachausschüsse genannt wurden, um nicht den für die inzwischen verbotenen Organisationen üblichen Namen „Fachgruppe“ verwenden zu müssen.

Die vorläufige Leitung dieser Fachabteilungen übernahmen:

Dr. Kolke für den Fachausschuß Lacke und Farben;
Apotheker Seeger für den Fachausschuß Pharmazeutische Industrie;
Direktor Kopp für den Fachausschuß Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel.

So konnte die erste ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie e. V. am 9. August 1946 stattfinden. Sitzungsraum war der große Saal des Rathauses in München. Vor Vertretern der Militärregierung und der Bayerischen Staatsregierung und Gästen aus dem „innerdeutschen Ausland“ beschlossen etwa 250 Firmen die Gründung des Vereins, die Satzung und bildeten die Organe. Die Wahlen, zu denen nur politisch unbelastete Personen, die den in einem Abstimmungsausweis genannten Bestimmungen entsprachen, zugelassen waren, ergaben als Vorstandsmitglieder:

Dr. Balke, Chemische Fabrik Aubing, München-Aubing, als ersten Vorsitzenden;
Direktor Hiller, Firma Wacker-Chemie, München
und

Dr. Kolke, Firma Wiederhold — Lack- und Farbenfabriken, Nürnberg, als Stellvertreter.

Die Gewählten mußten erklären, daß sie nicht unter das Kontrollratsgesetz Nr. 8 fallen.

In den satzungsgemäß zu bildenden Beirat wurden gewählt die Herren:

Kopp, „Milli“-Kerzen- und Seifenfabrik, München;
Bindewald, Chromotekt, Teschemacher, Bindewald & Co, München-Pasing;
Mayerhofer, H. Schenkl, Hohenbrunn;
Hesselmann, Planatolwerk W. Hesselmann, Dietmannsried/Allgäu;
Müller, Dr. Middendorff & Wegener, Diessen/Ammersee;
Dr. Tropitzsch, Chemische Fabrik, Marktredwitz;
Nitzsche, Trockenplattenfabrik O. Perutz GmbH, München;
Dr. Römer, Südchemie AG, München;
Wittmann, Süddeutsche Kalkstickstoff-Werke AG, Trostberg;
Dr. Rosenthal, Chemische Werke München O. Bärlocher GmbH, München;
Seeger, „Pharmamedico“, München;
Hufnagl, Luitpoldwerk, München;
Dr. Kohl-Egger, Willmar Schwabe, München-Laim;
Dr. Wachholz, Chemie-Werk Dr. P. Stock GmbH, Starnberg.

Der Etat wurde in Höhe von Reichsmark 50 000,— festgesetzt.

Anwesenheitsliste

Sitzung der Chemischen Industrie am 17. August 1945 in der
 Industrieabteilung der Wirtschaftskammer München-Oberbayern,
 München, Brienerstr. 3/II

	Name	Firma
1	L. Hermanns Vonges	Chem. Fabr. Oerling
2	Dr.-Ing. S. Balke	Chem. Fabr. Hübner
3	Hr. Blantz	Wolfrum, Oerling
4	Hr. Römer	Süd-Chemie A.G.
5	Fritz Haber-Dora	Michael Huber
6	Walter Kammich	Lein Gold Werk
7	W. Weber	Gen. d. Lindes Riessend.
8	E. Mittern	Medapharm Süd H.
9	M. M. M. M.	Mag. Met. - Oerling
10	Karl Schütz	Jacobs Werk
11	K. M. M.	M. M. M.
12	H. H. H.	Mag. Met.
13	H. H. H.	Organica
14	H. H. H.	Metaphor
15	Dr. Feuerbach	Dr. Feuerbach & S.
16	Brünge	
17	Hr. Wagner	Ind. d. K. M. M.
18	Hr. M. M.	"
19	K. K. K.	Chem. Industrie
20	D. D. D.	W. W. W. Z. Z. Z.
21	Dr. K. K. K.	Otto Perle, f. m. b. H.
22	H. H. H.	"
23	Weusel J. J. J.	H. J. K. K. K.
24	H. H. H.	Chem. Industrie
25	H. H. H.	Ind. d. K. M. M.



WERNER AXT
Beirat 1955–1958



DR. KARL BAER
Sozialpolitischer Ausschuß 1969–1970



DR. KURT BLOCH
Sozialpolitischer Ausschuß 1947–1962



WOLFGANG ECKERT
Sozialpolitischer Ausschuß 1949–1960

Der vorläufige Vorsitzende bemerkte in der ersten Mitgliederversammlung zur Vorgeschichte folgendes:

„Da sehr bald spezielle Fragen zu bearbeiten waren, wurde, wie in der Satzung vorgesehen, ein Arbeitsausschuß aus ca. 10 Mitgliedern gebildet, zu dem nach Bedarf Vertreter der Mitgliedsfirmen gebeten wurden, die sich – wie mit Dank vermerkt sei – dieser oft zeitraubenden und anstrengenden Tätigkeit nicht entzogen haben. Im übrigen darf ich hier bemerken, daß die ganz Gründungsgeschichte des Vereins einen durchaus nüchternen Arbeitsbericht ergibt. Es wird einer zukünftigen Darstellung der Wirtschaftsgeschichte nicht möglich sein, in der Bildung des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie eine literarisch verwertbare Fundgrube geheimnisvoller Vorgänge zu entdecken.

Es ist durch den von Anfang an vorgesehenen umfassenden Mitgliederbereich auch einigermaßen gelungen, die bedauerliche Zersplitterung auf dem Gebiet der gewerblichen Vereine für die chemische Industrie in Bayern zu vermeiden. Mit Ausnahme der aus fachlichen Gründen getrennt organisierten Seifen- und Bleistiftindustrie, deren Firmen aber zum Teil bei uns Einzelmitglied sind, ist fast die gesamte bayerische chemische Industrie nun in einem Verein zusammengefaßt. Es steht außer Zweifel, daß dadurch den Interessen der Industrie mehr gedient ist als durch eine Vielzahl von Einzelvereinen.

Die an sich freiwillige Mitgliedschaft bei unserem Verein unterliegt zur Zeit noch gewissen einschränkenden Bestimmungen des aufsichtführenden Ministeriums für Wirtschaft. Nach einer Weisung des Ministeriums dürfen nur solche Firmen als Mitglieder aufgenommen werden, die eine Produktionsgenehmigung besitzen und die nach den bestehenden Gesetzen politisch nicht belastet sind. Auf Grund dieser Anweisung wurde der Abstimmungsausweis in der Ihnen vorliegenden Form notwendig.

Das Gesetz Nr. 52 bedeutet jedoch, wie ausdrücklich vermerkt sei, keine politische Belastung, es handelt sich bei der politischen Voraussetzung für die Mitgliedschaft nur um das sogenannte Säuberungsgesetz. An und für sich halten wir es nicht für eine Aufgabe der Fachvereine, diese politische Kontrollfunktion auszuüben, da wir uns mit politischen Dingen grundsätzlich nicht zu befassen haben. Wenn wir aber der Weisung des Wirtschaftsministeriums nachgekommen sind, so können wir erwarten, daß das Messen mit zweierlei Maß endlich aufhört. Solange man immer wieder erlebt, daß in gewissen Behörden ganze Nester politisch Belasteter geduldet werden, wird man sich über die Schwierigkeiten bei der Durchführung des Säuberungsgesetzes nicht wundern dürfen.“

Die Aufgaben zeichnen sich ab

Die neue Organisation konnte nur indirekt an die Vergangenheit anknüpfen, ihre Arbeit war zunächst durch den Erschöpfungszustand der gesamten Volkswirtschaft geprägt. Sie erstreckte sich vor allem gegen die Fortdauer der Maßnahmen aus der zentralen Verwaltungswirtschaft des Krieges. Diese war eine Folge der autoritären Staatsführung des Dritten Reiches, die mit dem ersten Vier-Jahres-Plan festgestellt hatte: „Ziel der nationalen Wirtschaft ist die Stärkung des Innenmarktes, dauernde Beschäftigungsmöglichkeit der Volksgenossen unter möglichst günstigen Arbeitsbedingungen.“

Der zweite Vier-Jahres-Plan umfaßte das Programm, Deutschland von der Zufuhr ausländischer Rohstoffe möglichst unabhängig zu machen, und die Kriegsverhältnisse erzwangen dann bei der chemischen Industrie — wie den meisten übrigen Industriegruppen — die Errichtung von Kiesenkapazitäten für rüstungswichtige Rohstoffe und Kriegsmaterialien. Der totale Krieg zerstörte die meisten dieser Investitionen und organisatorisch wurde die chemische Verbundwirtschaft völlig aufgelöst.

Mit dem Zusammenbruch 1945 war auch das ansehnliche deutsche Chemiepotential im wesentlichen verloren. Dabei hatte in der chemischen Industrie die Selbstverwaltung der Wirtschaft immer eine primäre Rolle gespielt. Schon im ersten Weltkrieg hatte die staatliche Kriegswirtschaft die Selbstverwaltungseinrichtungen der Industrie — insbesondere der Chemie — benutzt, um Aufgaben der Exekutive auf sie zu delegieren, allerdings ohne totalisierte Bewirtschaftungsmaßnahmen.

Auch der „neue Plan“, den Dr. Schacht 1934 ins Leben rief, ließ den Staat einen Teil seiner dirigistischen Tätigkeit von den gleichgeschalteten Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft ausüben. Als einzige Ausnahme geschah dies im Bereich der Chemie in Form einer Personal- und Arbeitsunion zwischen Reichsstelle und Wirtschaftsorganisation.

Es ist heute weitgehend vergessen, daß man damals wirtschaftspolitisch unter Bezugnahme auf Keynes überzeugt war, mit einer so gesteuerten Wirtschaft ließe sich ein volkswirtschaftlich höherer Effekt erzielen als in einer freien Konkurrenzwirtschaft. Obwohl sich in Deutschland gezeigt hatte, daß die Formen der Wirtschaftslenkung unter Mißbrauch der Selbstverwaltungsorganisationen keineswegs einen volkswirtschaftlichen Fortschritt bedeuten, haben derartige Gedankengänge auch heute noch ein zähes Leben. Für die Chemie galt, daß die Reste ihrer Bewegungsfreiheit schließlich in der totalen Befehlswirtschaft erstarrten. Von 1945 bis etwa 1948 war das wirtschaftspolitische Vakuum der Nachkriegszeit unvermeidlich von der auslaufenden Befehlswirtschaft des totalen Krieges ausgefüllt.

Das erschwerte die Tätigkeit der wiedergegründeten Organisationen umso mehr, als die Sorge um die Lösung der Tagesaufgaben grundsätzlichen Überlegungen nicht günstig war. Dennoch kann man ab 1948 feststellen, daß sich der Gedanke der wirklichen Selbstverwaltung gegen die unter der gleichen Nomenklatur laufenden Bestrebungen eines Staatssozialismus allmählich wieder durchsetzte.

So hatte auch die bayerische Chemieorganisation aus den ersten Monaten der Wiederaufbauarbeit nach Kriegsende, als die Gemeinschaftsarbeit in der Wirtschaft die letzten Reste unserer wirtschaftlichen Substanz dem drohenden völligen Untergang entrissen hatte, die Überzeugung wiedergewonnen, daß kritische Zeiten auch ohne komplizierten Behördenapparat überwunden werden konnten.

Wirtschaftsorganisation und Staatsverwaltung

Die Versuche, in Bayern wieder eine Chemiewirtschaft aufzubauen, standen unter der verallgemeinernden Abneigung der Alliierten gegen diese Branche, deren Rolle als Konkurrent auf dem Weltmarkt die Emotionen aus dem IG-Farben-Prozeß verstärkte. Die US-Besatzungszone war lange nicht bereit, die chemische Industrie so pragmatisch zu behandeln wie etwa die Briten in ihrer Zone.

Die Bayerische Staatsregierung hatte ein *Landeswirtschaftsamt* eingerichtet, das die anfänglich sehr begrenzten Möglichkeiten einer Wirtschaftsverwaltung ausübte. Sie bediente sich dazu der branchenorientierten *Landesstellen*, die als Bindeglied zwischen der gewerblichen

Wirtschaft und ihren allmählich entstehenden Organisationen arbeiteten. Die Landesstelle Chemie hatte ihre Tätigkeit im Sommer 1945 (unter Dr. Punzengruber, später Dr. Müller-Meinigen und Christof Ratjen) aufgenommen.

Sie war um ihre Arbeit zwischen der Scylla der Besatzungsvorschriften und der Charybdis einer behördenverdrossenen Wirtschaft nicht zu beneiden.

Primär hatte sie die restlichen Bewirtschaftungsfunktionen wahrzunehmen. Die Zuteilung der bewirtschafteten Rohstoffe löste bei der Wirtschaft mehr Zähneknirschen als Anerkennung aus. Personal- und allgemein politische Schwierigkeiten kamen im Laufe der Zeit hinzu.

Die Landesstelle Chemie hatte drei Abteilungen:

- I. Pharmazeutische und kosmetische Industrie;
- II. Öle und Fette;
- III. Verwaltungsabteilung.

Hinzu kamen Referate für die Sektoren Farben und Lacke, Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Photochemie und Bleistifte.

Die Rechtsgrundlage dieser Behördenstellen war unklar. Deutsches bzw. bayerisches Recht und Besatzungsrecht gingen fließend ineinander über. Besonders zu Beginn wurden Anordnungen nach Bedarf nur von der Militärregierung in Bayern erlassen. In der Erinnerung muß anerkannt werden, daß der zuständige Offizier, *Major Rollins*, mit sehr viel Verständnis für die unzureichend versorgte Bevölkerung seines Amtes waltete. Für seine Untergebenen, die sich durchwegs um Sachlichkeit bemühten, spielten offensichtlich gewisse Reize Münchens und Bayerns — besonders beliebt waren die Kreuzeck-Abfahrten — eine humanisierende Rolle. Manche persönlichen Beziehungen haben bis in die Gegenwart standgehalten.

Das bayerische Wirtschaftsministerium, das nacheinander von den Ministern Lange, Erhard, Zorn und Seidel geleitet wurde, hatte unter diesen Umständen große Mühe, eine praktikable Geschäftsordnung zu handhaben, und so waren die Landesstellen in ihren Entscheidungen doch meist auf sich selbst gestellt.

Die Frage, was die Landesstelle überhaupt zu bewirtschaften hatte, ist nie genau beantwortet worden. Von der Militärregierung wurden zwar sogenannte ‚Beutebestände‘ zur Verfügung gestellt; ein Teil davon jedoch verschwand (bevor sie überhaupt bewirtschaftet werden konnten) in irgendwelchen dunklen Kanälen. Die Liste der sogenannten bewirtschafteten Waren zeigt ein überaus buntes Bild von Aceton bis Zitronensäure.

Alle Rohstoffe waren eben knapp — der Verbund mit den anderen Teilen Deutschlands, besonders um die Kohlengebiete Nordrheins, war zunächst gestört. Lediglich in einem Teilbereich war Bayern in einer etwas günstigen Lage, nämlich auf dem Gebiet pflanzlicher und tierischer Rohstoffe — wie Öle, Fette, Harze —, die aus dem Südosten Europas über die Donau nach Deutschland gekommen waren und besonders im Bereich des Passauer Hafens, aber auch bis Regensburg hinauf, in beachtlichen Mengen gestapelt waren.

Alle diese Bestände hatten Eigentümer, die zu nahezu 100% in der britischen Zone beheimatet waren — Schwerpunkte der Ölimporteure waren Hamburg und z. T. Nordrhein.

Auf dem Papier wurden die Eigentumsrechte zwar gewahrt, die von der Militärregierung (auf entsprechende Anträge des Landeswirtschaftsamts) durchgeführte Beschlagnahme kam jedoch zunächst fast einer Enteignung gleich. Wesentlicher Faktor für den schnellen Zugriff der Amerikaner war ihr hygienischer ‚Tick‘, ihre Angst vor Seuchen, was das entscheidende Stimulans für ein anfängliches hypertrophes Wachstum der Seifen- und Waschmittelindustrie in Bayern war, die eine Expansion der Planung und Investition erlebte, als wäre Bayern für ewige Zeiten als autarkes Wirtschaftsgebilde installiert. Das mußte zu Fehlinvestitionen führen, z. B. in mehreren Fällen kleiner Unternehmen, die entgegen allen Ratschlägen und Warnungen erhebliche Mittel in Sprühtürme zur Waschpulverproduktion investierten.

In der Hektik dieser Umstände kamen auch die Passauer Rohstofflager bald in zwielichtige Situationen. Schon die Bestandsaufnahme begegnete außerordentlichen Schwierigkeiten.

Die Beschlagnahmeverfügungen verpufften fast wirkungslos, die Belieferung ausgestellter Bezugsscheine wurde vielfach undurchführbar. Erst als es der Landesstelle gelang, den Kontakt mit den Eigentümern herzustellen, waren Vereinbarungen derart möglich, daß der Bezugsschein zunächst lediglich die Beziehung zwischen dem Lieferanten und dem Käufer herstellte, wobei ganz bewußt darauf hingearbeitet wurde, die behördliche Funktion immer mehr abzubauen: man sah primär die Versorgungsfunktion der Wirtschaft, die durch Handlungsfreiheit bei den wirkenden Kräften des Marktes begünstigt, durch stures Bezugsscheindenken gehemmt wurde. Einzige Schwierigkeit für die Koordinierung der Marktpartner war der Preis. Rohstoffe dieser Art erzielten einmal auf dem schwarzen Markt Phantasiepreise — eine Verlockung, die der Korruption auf allen Ebenen Vorschub leistete —, zum anderen war es den versierten Kaufleuten der Ölbranche natürlich ganz klar, daß eine Währungsreform unausbleiblich und der Bestand an Waren der sicherste Weg war, Vermögen in eine neue Marktära zu retten.

Ungeachtet dieser Schwierigkeiten ist es der Zusammenarbeit von Organisation und Behörden in den meisten Fällen gelungen, den Sinn für eine gesamtwirtschaftliche Verantwortung zu wecken. Einige wenige Fälle gaben freilich auch zu heftigen Auseinandersetzungen Anlaß. Ein Olimporteur prozessierte bis in die frühen 60er Jahre mit dem Bayerischen Staat wegen des Verkaufs seiner Passauer Bestände zum damaligen Marktpreis auf Sperrkonto, das 1948 natürlich 10 : 1 abgewertet wurde.

Eine besonders heikle Aufgabe für die Landesstelle Chemie war die Bewirtschaftung des für die Industrie unentbehrlichen Äthylalkohols. Das Deutsche Reich hatte im Krieg erhebliche Alkoholbestände aus Sicherheitsgründen in Bayern eingelagert. Die damalige Staatsregierung, vertreten durch das bayerische Finanzministerium, betrachtete diese Bestände als alleiniges bayerisches Eigentum und weigerte sich ebenso konstant wie erfolgreich, anderen Ländern — wie Hessen und Baden-Württemberg — etwas Wesentliches davon abzugeben. Es tagte ein ständiger Ausschuß, dem in erster Linie die Gesundheitsbehörden, das Innenministerium und die Landesapothekenkammer angehörten und in dem auch die Landesstelle Chemie vertreten war. Diese hatte die Aufgabe, den Gesundheitssektor mit Alkohol zu versorgen. Eine exakte Definition dieses Sachgebietes ist der Landesstelle, die hierbei vorbildlich gearbeitet hat, wohl nie gelungen.

Der „Demokratisierung“ der Behördenarbeit diente ein Beirat der Landesstelle Chemie, der aus Vertretern der Gewerkschaften, der Industrie, des Handels und des Handwerks

gebildet war. Hierin waren Mitglieder der Gremien des „Chemie-Vereins“ vertreten, der seinerseits seine Fachausschüsse als eine Art Wirtschaftsberater zur Verfügung stellte.

Ungeachtet aller Mißhelligkeiten in diesen Jahren der Improvisationen ist im Rückblick festzustellen, daß das bayerische Landwirtschaftsamt unter seinem vorbildlichen Leiter Dr. *Lukas von Kaufmann* ein Teil Wirtschaftsgeschichte geworden ist. Nach der Währungsreform erzwangen die regulierenden Kräfte des freien Marktes den Abbau des verbliebenen Dirigismus. Die Landesstellen wurden als Referate in das Staatsministerium für Wirtschaft eingegliedert und mehrere Mitarbeiter der Landesstelle Chemie gingen zurück in die bayerische Chemiewirtschaft.

Wiedervereinigung - miniaturisiert

Der gesunde Drang der Wirtschaft nach Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit wandte sich auch gegen den narkotischen Schleier des Geldüberhangs und unterstützte die politische Forderung nach einer Währungsstabilisierung schon im Jahre 1946. Der Währungsverfall hatte ja nicht nur wirtschaftliche, sondern auch erhebliche moralische Folgen gezeigt und es fehlte nicht an politischen Angriffen gegen die Industrie mit der Behauptung, mit der Papiermark sei es möglich gewesen, Wiederaufbauarbeiten durchzuführen, die Betriebsbereitschaft zu erhalten und darin eine Steuerquelle für die Zeit nach einer Stabilisierung als Ausgleich für diesen durch das Konsumentenopfer ermöglichten Vermögenszuwachs zu erblicken.

Hierbei wurde übersehen, daß die Substanzverluste der Betriebe — auch der nicht unmittelbar kriegsgeschädigten — ganz allgemein keine gesunde Wirtschaftsgrundlage mehr boten. Einer der Gründe für die mangelnde Arbeitsleistung lag im rein Menschlichen. Die Werktätigen mußten mit 1 500 und weniger Kalorien durchwegs schwere Arbeit verrichten. Die Arbeitsmoral war fast ausschließlich eine Ernährungsfrage geworden und die Betriebe mußten mit einer erheblichen Mehrbelastung rechnen.

Die chemische Industrie Bayerns hatte im Jahre 1938 36 000 Beschäftigte, im Juni 1946 waren es wieder 32 000. Diese letztere Zahl bedeutete aber nicht den statistischen „Vollarbeiter“, sondern der Leistungsfaktor unserer Industrie betrug noch nicht einmal 30% gegenüber 1938. Der Erschöpfungszustand der arbeitenden Bevölkerung erlaubte keine Illusionen hinsichtlich einer Produktivitätssteigerung.

Am schnellsten entstand in der *sowjetischen Zone* eine zentralistische Verwaltung ohne legislative oder exekutive Befugnisse. In der *französischen Zone* erlaubte der föderalistische Standpunkt der Besatzungsmacht keine irgendwie wirksamen deutschen Verwaltungseinrichtungen. In der *britischen Zone* wurden die zunächst allein zuständigen zentralen Verwaltungseinrichtungen der Militärregierungen durch beratende Organe wie den Zonenbeirat als eine Art konsultatives Organ aufgelockert. Er besaß aber keine legislative oder exekutive Gewalt. Dagegen waren die in der britischen Zone errichteten Zentralämter deutsche Fachbehörden als Nachfolgeorganisationen früherer unmittelbarer Reichsbehörden mit allmählich wachsenden Kompetenzen. Sie unterstanden aber nicht der Kontrolle deutscher parlamentarischer Institutionen, sondern nur der der Militärregierung.

In Bayern, das zur *amerikanischen Zone* gehörte, entstanden die zentralen Einrichtungen auf streng föderalistischer Grundlage. Die inzwischen entstandenen Länderregierungen wurden nach einem von der Militärregierung genehmigten „Organisationsplan für den Länderrat“ 1945 in diesem Gremium zusammengefaßt mit der Aufgabe, „im Rahmen der politischen Richtlinien der Besatzungsmächte die über das Gebiet eines Landes hinausreichenden Fragen gemeinschaftlich zu lösen, Schwierigkeiten im Verkehr der Länder untereinander zu beseitigen und die wünschenswerte Angleichung der Entwicklung auf den Gebieten des politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sicherzustellen.“ Die drei Länder mußten ihre Beschlüsse einstimmig fassen.

Schon 1946 betonte der „Verein der Bayerischen Chemischen Industrie“ die Notwendigkeit einer produktiven Zusammenarbeit im Hinblick auf die in Aussicht stehende Beseitigung der Zonengrenzen. Die damaligen Hoffnungen erstreckten sich auf durchgehenden Bahn- und Schiffsverkehr, Tarifeinheit der Verkehrswege, freien Reise- und Zahlungsverkehr, einheitliche Preisbildung, eine Basis für eine Währungsreform — Erwartungen, die fünfundzwanzig Jahre später zum Teil immer noch nicht erfüllt sind.

In diesen ersten Jahren des Wiederaufbaus erstreckte sich das für die deutsche Politik bis heute so schwierige Wiedervereinigungsproblem auf die Überwindung der *Zonengrenzen*. Die Aufspaltung Deutschlands in Besatzungsräume und die unterschiedliche Auffassung der Besatzungsmächte über eine politische Neuordnung erschwerten nach wie vor die Wirtschaftsbeziehungen.*)

Jede Besatzungsmacht vertrat eine andere politische Vorstellung und daraus entstand eine ebenso unterschiedliche Zonenpolitik. Die *UdSSR* stellte sich einen zentralistischen, also nicht-föderalistischen deutschen Staat vor mit einer Zentralregierung von marxistischen Parteien. *Frankreich* wollte im Gegenteil ein extrem föderalistisch aufgebautes Staatengebilde und eine möglichst schwache Gesamtregierung. Die *USA* bevorzugten ein bundesstaatlich organisiertes Deutschland, also mit einer relativ starken Stellung der Bundesstaaten gegenüber der Zentralgewalt. *Großbritannien* hatte durch seinen Außenminister Bevin 1946 eine Staatsverfassung als Zielvorstellung verkündet, die weder einen extremen Föderalismus autonomer Einzelstaaten noch einen zentralistischen Einheitsstaat verwirklichen wollte.

1946 erhielt dieser Länderrat ein Direktorium aus zwei Vertretern der Länderregierungen und einem Generalsekretär.

Aus der regionalen Aufsplitterung der Wirtschaftsräume unter verschiedenen Militärregierungen ergab sich der Anlaß zu unhaltbaren gesetzlichen Regelungen auf Einzelgebieten. So entstand im Jahr 1946 u. a. ein Bayerisches Arzneimittelgesetz, dessen Durchführung von der Militärregierung gefordert wurde. Im Länderrat und in der britischen Zone führten aber die Bedenken gegen uneinheitliche gesetzliche Regelungen in den Besatzungsgebieten dazu, daß das Gesetz nicht praktiziert wurde.

Aus diesen Anfängen einer Zusammenarbeit der Zonen entstand, nachdem der Vorschlag einer Zonenverschmelzung vom Kontrollrat abgelehnt wurde, weil das Potsdamer Abkommen Deutschland als wirtschaftliche Einheit vorsah, als erste praktische Lösung die

*) vgl. T. Pünder, *Das bizonale Interregnum*, Verlag Grote, 1966

Vereinigung der britischen und amerikanischen Besatzungszone unter der populär werden- den Bezeichnung *Bizonen*. Am 2. 12. 1946 trat das sogenannte „Bevin-Byrnes-Abkom- men“ in Kraft. Es entstand der „Verwaltungsrat für Wirtschaft“ mit dem Sitz in Minden; zuerst unter Leitung von Dr. Rudolph Mueller, nach ihm Dr. Viktor Agartz.

Das „Zentralamt für Wirtschaft“ der britischen Zone und der „Wirtschaftsrat des Länder- rats“ in der US-Zone wurden im März 1947 zu einer gemeinsamen Verwaltung, dem „Ver- waltungsamt für Wirtschaft“ zusammengefaßt. Für die bayerische Wirtschaft wurde in der Folge Minden zu einer Art heimlichen Hauptstadt.

Diese organisatorische Regelung führte dann zur Bildung des „Wirtschaftsrates für das vereinigte Wirtschaftsgebiet“, dessen drei Organe: der eigentliche Wirtschaftsrat, der Exe- kutivrat und die Direktoren der Verwaltung ab 1947 die wichtigsten Verhandlungspartner auch für die bayerische Wirtschaft wurden. Unter mancherlei politisch bedingten Schwierig- keiten wurden die für die Bizone maßgebenden Organe im März 1948 gebildet. Direktor der Verwaltung für Wirtschaft wurde der frühere bayerische Wirtschaftsminister *Professor Ludwig Erhard*, der vorher Vorsitzender der Sachverständigen-Kommission zur Vorbe- reitung der Währungsreform gewesen war. Die Vfw domizierte in der Mc Near-Kaserne in Frankfurt/Main.

Das wichtigste Ergebnis der bizonalen Entwicklung war die von den alliierten Behörden am 18. Juni 1948 verkündete *Währungsreform* der Verwaltung des vereinigten Wirt- schaftsgebiets — durch ein Gesetz, das zu den wenigen heute noch in Kraft befindlichen Re- gelungen gehört. Die Grundgedanken der Reformpläne deutscher Stellen waren praktisch nicht berücksichtigt worden.

Ursprünglich hatten die Alliierten — in der sowjetischen und der französischen Zone ver- lief die Entwicklung ähnlich — wohl nur das Geldwesen in Ordnung bringen wollen. Pro- fessor Erhard als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft ergriff die Gelegenheit, den Nachkriegszustand der Wirtschaftspolitik grundlegend zu ändern. Die dazu nötige Ge- setzestechnik entstand im Frankfurter Parlament unter heftigen Auseinandersetzungen im Hinblick auf den ersten Wahlkampf zum Deutschen Bundestag 1949.

Damit wurde für die gewerbliche Wirtschaft die von Erhard vertretene auf neoliberalen wissenschaftlichen Vorstellungen gegründete Marktwirtschaft in der später vervollständig- ten programmatischen Form der *sozialen Marktwirtschaft* maßgebend.

Ihre Grundsätze wurden auch nicht durch die im Jahre 1949 zustandegekommene Trizone und erst recht nicht durch die 1949 gebildete Bundesrepublik Deutschland geändert. Sie er- möglichte in den folgenden mehr als zwanzig Jahren den Wiederaufstieg der Bundesre- publik Deutschland zu einer führenden Wirtschaftsmacht. Professor Erhard hatte sie immer im Zusammenhang mit der Währungsreform und dem Marshall-Plan als ein Programm für die wirtschaftliche und soziale Zukunft des neu entstandenen Staates begriffen und ver- teidigt.

Ein Jahr nach der Währungsreform war der Gesundungsprozeß noch nicht überwunden. Kaufkraftstauungen und Absatzkrisen erwiesen, daß die Rationalisierungsanstrengungen der Wirtschaft noch nicht ausreichten, um — wie Erhard es ausdrückte — ein Mitschleifen unterdurchschnittlicher Leistungen zu verhindern. Nach der Währungsreform waren eine runde Million Arbeitskräfte, die vorher nicht registriert waren, wieder auf dem Arbeits-

markt in Erscheinung getreten, nachdem sie in der Reichsmark-Zeit in Scheinarbeitsverhältnissen gestanden hatten. Entlastet wurde der Arbeitsmarkt erst allmählich durch die Impulse aus mittel- und langfristigen Krediten aus dem sich langsam wieder belebenden Kapitalmarkt. Aber schon damals wurde die Notwendigkeit einer Steuerreform von der Wirtschaft eindringlich betont.

Die Empfindlichkeit gegen eine Steuerpolitik, die zu einer staatlichen Lenkung und Bewirtschaftung des Geldes führen muß, war damals wie heute der Grund für das Streben nach Stabilität der Währung und der Finanzen als Voraussetzung für eine gesunde Wirtschaft.

Schlaglichter auf die damalige Situation werfen einige der damaligen Tagespresse entnommene Wirtschaftsnachrichten von 1949:

Zur Rohstoffversorgung in der chemischen Industrie

In der Praxis hat sich leider gezeigt, daß die bürokratischen Hemmungen und der damit verbundene Papierkrieg bisher nur einen immer größeren Umfang annehmen. Allein ein Einfuhrantrag setzt sich aus vier verschiedenen Anträgen, vierzehn Lizenzen und vier ‚payment agreements‘ zusammen, denen eine listenmäßige Aufstellung der bereits durch Sachverständige vorgeprüfte Offerten und Gegenangebote beigegeben sein muß. In diese Vorprüfung und die kontrollmäßige Erfassung der Vorgänge sind die Sachverständigen der betreffenden Importsparten und der Fachstelle Chemie eingeschaltet. Wenn schließlich nach vielen Hindernissen und einem unendlichen Aufwand an Zeit, Energie und Geduld der Kaufantrag von der JEIA genehmigt worden ist, sind je Einfuhrobjekt nicht weniger als 108 Stempel der Wirtschaftsverwaltung und der JEIA notwendig, um aus den Formalitäten eine Tatsache zu machen.

Zur Preisentwicklung

Nun bedroht aber noch eine weitere Verteuerungswelle unsere Volkshygiene. Wir stehen dicht vor der Einführung einer Luxussteuer, die man durch die Bezeichnung „Aufwandsteuer“ verschönt. Mit ihr soll eine 20 v. H. betragende zusätzliche Besteuerung derjenigen Erzeugnisse eintreten, die einem über die Befriedigung der Bedürfnisse einfacher Lebensführung hinausgehenden Aufwand dienen. Selbst wenn die Herstellung von vielen Erzeugnissen der Körperpflegemittel-Industrie eine Luxusfabrikation wäre, müßten vom wirtschaftlichen Standpunkt aus die schwersten Bedenken gegen diese Zusatzsteuer erhoben werden.

Chemie und Landwirtschaft

Die westdeutsche Landwirtschaft braucht für die Vorbereitung der Ernte des laufenden Jahres soviel Stickstoff, daß Einfuhren aus dem Ausland notwendig sind. Stickstoffhaltige Düngemittel rangieren deshalb im Einfuhrplan der Doppelzone unter den lebensnotwendigen Gütern. Dabei leiden die Stickstoff erzeugenden Werke der Westzonen unter Absatzschwierigkeiten. In der Doppelzone hatten sie sich im Herbst so verschärft, daß man zu Betriebseinschränkungen übergehen mußte.

Das Statussymbol erwacht

Aus Holland wurde jetzt ein erstes Kontingent deutscher Volkswagen mit Genehmigung der JEIA nach den USA reexportiert. Diese holländische Wiederausfuhr, die man auf monatlich 300 Volkswagen zum Preise von je 400 £ zu erhöhen hofft, wird mit dem Fehlen eines eigenen USA-Vertriebsdienstes des Volkswagenwerkes erklärt.

Abschrift!

A n o r d n u n g
des Staatsministeriums für Wirtschaft über die Auflösung von
Wirtschaftsverbänden
vom 25. Oktober 1945.

1.

Im Vollzuge der Weisung des Hauptquartiers der Regionalen Militärregierung in Bayern über Bayerische Wirtschaftskontrollstellen vom 1./14.8.1945 werden mit sofortiger Wirkung folgende wirtschaftlichen Zusammenschlüsse im Lande Bayern aufgelöst:

1. Die Gauwirtschaftskammern,
2. die Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen und Bezirksgruppen,
3. die Rüstungsinspektoren,
4. die Rüstungsobmänner und Bezirksobmänner,
5. andere Landesdienststellen und Vertreter des Ministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion,
6. die Hauptausschüsse und Sonderausschüsse,
7. die Industrieringe,
8. alle Reichsvereinigungen, Kartelle und Syndikate.

2.

Die Vermögen der genannten Zusammenschlüsse werden mit sofortiger Wirkung beschlagnahmt und sichergestellt, bis diese Vermögen formell durch die Offiziere der Eigentumsüberwachung der Militärregierung (Property Control Officers) übernommen worden sind. Hierunter fallen alle Archive, Unterlagen, Möbel, Büroausstattungen und Eigentum jeglicher Art. Es ist unverzüglich ein Inventar dieses Eigentums aufzunehmen und in 3facher Ausfertigung zusammen mit der Angabe des Aufbewahrungsortes an das Bayerische Wirtschaftsministerium zu senden.

3.

Unterlagen, Archive usw. können, wenn nötig, von Zivildienststellen verwendet werden, diese werden jedoch für die Sicherstellung derselben verantwortlich gemacht.

4.

Die von den aufgelösten Wirtschaftszusammenschlüssen bisher durchgeführten Verwaltungsaufgaben, insbesondere alle Aufgaben der Produktionsplanung, -lenkung und -überwachung gehen auf das Bayerische Landeswirtschaftsamt und die bei diesem geschaffenen Landesstellen für die einzelnen Waren über.

5.

Das Personal der aufgelösten Wirtschaftsvereinigungen kann, sofern es den allgemeinen Anforderungen entspricht und Verwendungsmöglichkeiten bestehen, vom Landeswirtschaftsamt und seinen Aussenstellen oder von freiwilligen Vereinen übernommen werden. Ein Anspruch auf Wiederverwendung ist hierdurch nicht gegeben.

München, den 25. Oktober 1945.

gez.: Dr. Ludwig Erhard
Bayer. Staatsminister für Wirtschaft.



CURT ENGELHORN
Beirat 1947



OTTO FREYBERG
Sozialpolitischer Ausschuß 1950–1958



HERMANN HILLER
Vorstand 1946–1947
Sozialpolitischer Ausschuß 1947–1953



WILLY HESSELMANN
Beirat 1947–1964



DR. KARL HUTTNER
Beirat 1955–1964

Auf halbem Wege

Aus den Verbänden der Chemiewirtschaft in den Ländern entstanden Zusammenschlüsse in den Besatzungszonen. In der US-Zone war der Länderrat in Stuttgart das Forum der Auseinandersetzungen über die Liquidation der Zwangswirtschaft. Dabei erwies sich Direktor Eduard Kalb (Wacker-Chemie) als besonders hartnäckiger und erfolgreicher Verfechter bayerischer Produktionsinteressen. Widerstrebende regionale, zentralistische und fachliche Tendenzen mußten ausgeglichen werden, damit zunächst eine Arbeitsgemeinschaft der Chemieverbände zwischen Nord und Süd entstehen konnte. Nach Einbeziehung der französischen Zone und Berlins wurde 1951 der formale Schlußstrich unter den Neuaufbau der westdeutschen Chemieorganisationen gezogen. Der „Verband der Chemischen Industrie e. V.“ mit dem Sitz in Frankfurt/Main, in dessen Organen der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie mit seinem Vorsitzenden und Mitgliedern seiner Gremien bis heute maßgebend vertreten ist, wurde die Spitzenorganisation der Chemiewirtschaft im Bundesgebiet. Eine Zusammenarbeit mit den Chemieverbänden in der DDR ist bisher nicht möglich geworden.

Die wirtschaftspolitischen Aufgaben der regionalen Verbände waren und sind bis auf standortbedingte Besonderheiten mit denen der Dachorganisation weitgehend identisch geworden.

Der 1945 vom alliierten Kontrollrat aufgestellte „Plan für Reparaturen und den Nachkriegsstand der deutschen Wirtschaft“ mit seinen Produktionsverboten und Bestimmungen für den Außenhandel war besonders für die Chemiewirtschaft existenzbedrohend. Die Demontageaktionen richteten sich gegen das angebliche „Autarkieprinzip“ in der Chemiewirtschaft und erforderten eine taktisch kluge, aber wirkungsvolle Abwehr. Die Produktionsverbote mußten gelockert werden, die Bewirtschaftungsmaßnahmen — von manchen deutschen Amtsstellen zäh verteidigt — waren zu liquidieren und ein traditionelles Aufgabengebiet der Chemieverbände — die objektive Gutachter Tätigkeit in allen Wirtschaftsfragen für Mitglieder, Staat und Politik — mußte arbeitsfähig gemacht werden. Dazu diente auch die schon 1949 wieder aufgenommene publizistische Tätigkeit des Chemieverbandes, als Beispiel sei die Fortführung der Zeitschrift „Chemische Industrie“ genannt.

Ein voreiliges Urteil

Einen schweren Rückschlag für den Wiederaufbau der Chemiewirtschaft bedeutete das „IG-Entflechtungsgesetz“. Die Behandlung des Konzerns IG-Farbenindustrie AG. war ein Sonderfall innerhalb der Entflechtungsaktionen und widersprach nach einmütiger Auffassung der Chemiewirtschaft internationalen Rechtsgrundsätzen.

Der IG-Farbenprozeß ging mit dem Urteil des Militärgerichts VI der USA in Nürnberg im Juli 1948 formell zu Ende. Es wurde als Widerspruch gegen das staatsrechtliche Prinzip: „Die Politik ist eine Funktion des Rechtsgedankens“ empfunden. Politische und psychologische Folgeerscheinungen aus dem Urteil zum Nachteil der deutschen Chemie sind bis heute zu spüren.

Weltweite Erfahrungen der jüngsten Zeit haben aber wohl bewiesen, daß der Zwiespalt, der Staatsräson gehorchen und humane Prinzipien beachten zu müssen, für die Wirtschaft und Wissenschaft aller zivilisierten Länder bis heute nicht überwunden ist. So erscheint nach mehr als zwanzig Jahren das an dem Modellfall der IG-Farbenindustrie statuierte Exempel als geschichtlich voreilig.

Zunächst mußten aber die unmittelbaren Besetzungsmaßnahmen nach 1945 bewältigt werden, von denen in der bayerischen Chemie die IG-Werke Gersthofen und Bobingen, die Wacker-Chemie (diese lediglich wegen einer Kapitalbeteiligung), die Anorgana-Gen-dorf, die Süddeutschen Kalkstickstoff-Werke neben Betrieben anderer Branchen betroffen waren.

Die Entflechtungsvorgänge griffen auch bei den bayerischen Werken in die Existenzgrundlage der Betriebe bis in den privaten Bereich der Beschäftigten, der Pensionäre und der Anteilseigner ein — im Grunde waren sie einem Zustand völliger Rechtlosigkeit ausgesetzt.

Die Militärregierung war gehalten, noch vorhandenes Rüstungspotential zu zerstören und verwendungsfähige Produktionseinrichtungen zu demontieren. Zu den demonstrativ zerstörten Objekten zählten die Sprengstoff-Fabriken Ebenhausen (13. 11. 45) und Kaufbeuren (11. 11. 45).

Mit dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in Südbayern begann gegen Ende April 1945 für die Werke der IG-Farbenindustrie und die von diesem Konzern kontrollierten Unternehmen ein entscheidender neuer Abschnitt in ihrer Entwicklung. Die Betriebe wurden stillgelegt und durften auch nicht — außer für ganz vordringliche Sicherheits- und Wartungsaufgaben — betreten werden. Eigentum der IG-Farbenindustrie waren die Werke Gersthofen und Bobingen. Bis zur Beschlagnahme nach dem Einmarsch der Amerikaner gehörte Bobingen innerhalb der IG verwaltungsmäßig zum Werksverband Wolfen; Gersthofen hingegen gehörte zu den Farbwerken Hoechst. Auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 9 wurden die Werke mit dem 5. 7. 1945 durch die Besetzungsmächte beschlagnahmt. Die Befehlshaber jeder Besatzungszone bekamen ein „IG-Farben-Kontrollamt“, dem weitestgehende Rechte eingeräumt waren. Nach dem Ausscheren der russischen Partner wurde die aus den drei Westmächten zusammengestellte „Tripartite IG-Farben Control Group“ das oberste Leistungsinstrument für alle sich aus der Beschlagnahme der Werke ergebenden Maßnahmen. Sie mußten zunächst sich neue Namen zulegen, um auch nach außen hin die Auflösung der IG-Farbenindustrie zu dokumentieren. Bobingen hieß fortan „Kunstseidenfabrik Bobingen“, Gersthofen „Lech-Chemie“. Die Werke wurden mit dem 5. 7. 1945 auch militärisch besetzt. Neben den rein militärischen Formationen figurierte über der Werksleitung jeweils ein Kontrolloffizier innerhalb der Weisungen, die er von dem Leiter der bayerischen Untergruppe der IG-Farben-Kontrolle in München oder direkt von der Spitze derselben aus Frankfurt bekam.

Die Wacker-Chemie — als Pionier der Acetylenchemie durch die unternehmerische Leistung der Familie Wacker aufgebaut — wurde von den alliierten Maßnahmen in voller Härte mitbetroffen und nach dem Ausscheiden von Johannes Heß unter Treuhänderschaft weiterbetrieben. Die Zukunft des Unternehmens blieb mehrere Jahre unsicher, ebenso wie die der anderen entflochtenen Gesellschaften. Der Grund lag in der Notwendigkeit, die Besitzverhältnisse neu zu regeln. Das geschah nach mancherlei organisatorischen Bemühun-

gen und Schwierigkeiten erst Anfang der fünfziger Jahre. Die Werke entwickelten sich aber auf der Basis ihrer eigenen technischen und wissenschaftlichen Betätigung wieder zu dem bedeutendsten chemiewirtschaftlichen Unternehmen in Bayern. Das ist umso bemerkenswerter, als Geldzuwendungen aus dem Vermögen der liquidierten IG-Farbenindustrie nicht zu erwarten waren und alle erwirtschafteten Gewinne an die Verwaltung des Kontrollamtes überführt werden mußten. Angesichts der damaligen personellen und sachlichen Arbeitsbedingungen ist es nahezu unverständlich, daß die Betriebe überhaupt wieder anlaufen oder weitergeführt werden konnten.

Im zweiten Halbjahr 1951 kam es dann auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 35 zum Beginn einer Neuordnung. Dem gemeinsamen Wunsch der Farbwerke Hoechst AG. und der Lech-Chemie Gersthofen wurde entsprochen und letztere als Werk Gersthofen in den Konzern fusioniert. Etwa um dieselbe Zeit wurde die Kunstseidenfabrik Bobingen ebenfalls als Werk Bobingen in die Farbwerke Hoechst AG. aufgenommen.

Die Wacker-Chemie wurde etwas später wieder selbständig unter Kapitalbeteiligung der Farbwerke Hoechst AG. Während die Besitzverhältnisse bei den Süddeutschen Kalkstickstoff-Werken verhältnismäßig reibungslos geregelt werden konnten, dauerte es bei der Firma Anorgana bis zum Dezember 1955, bis dieses als Kriegswerk der BASF gegründete und durch Demontage stark mitgenommene Unternehmen in die Farbwerke Hoechst eingegliedert werden konnte. Als Werk Gendorf dieses Konzerns gehört der Betrieb zur bayerischen Großchemie.

Der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie konnte sich ungeachtet aller Hindernisse durch die Besatzungsmaßnahmen von Beginn an der tatkräftigen Unterstützung aller dieser Unternehmen erfreuen. Die Namen Werner Axt, W. D. Frowein, Paul Heisel, Hermann Hiller, Hellmuth Holz, Theodor Klönne sind in die Geschichte der Organisation eingegangen. Sie hatten als Treuhänder oder Werksleiter eine denkbar unangenehme Aufgabe zu lösen und haben sich ihr mit Pflichttreue und Ausdauer gewidmet. Verständlicherweise waren die meist ohne Zutun deutscher Stellen eingesetzten Trustees, Custodians und Werksleitungen — im ganzen 76 in den Westzonen — vielerlei Angriffen und Fehlurteilen ausgesetzt. Die Unsicherheit der endgültigen Form der Unternehmen hat zweifellos in manchen Fällen zu Dispositionen Anlaß gegeben, deren wirtschaftliche Zweckmäßigkeit sich erst erweisen mußte und die vielleicht nicht in allen Fällen die Zustimmung der Eigentümer der IG, d. h. der Aktionäre und der satzungsgemäßen Organe, gefunden hätten.

Es wäre aber ungerecht, heute zu verschweigen, daß damals die interimistischen Werksleitungen während nahezu fünf Jahren einen Zustand der Werke hergestellt haben, der unter ungünstigsten rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen die Grundlage für ihren späteren Wiederaufstieg innerhalb der Gesamtwirtschaft ermöglicht hat.

Wissenschaftsförderung - lebenswichtig

Die chemische Industrie und ihre Organisationen haben die Symbiose zwischen Wissenschaft und Wirtschaft von ihren Anfängen her sorgfältig gepflegt. Nach den beiden Weltkriegen gehörte die Wissenschaftsförderung zu den ersten Aufgaben des Wiederbeginns. Zweimal wurde der Wiedereintritt der deutschen Chemie in die Weltarena durch wissenschaftliche Leistungen ermöglicht.

Es war für die neu gegründete Chemieorganisation in Bayern selbstverständlich, sofort den Kontakt mit den ebenfalls stark kriegsbeschädigten Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten wieder aufzunehmen. In den Nachkriegsjahren entstanden aus diesen Solidaritätsempfinden dauerhafte sachliche und persönliche Beziehungen, die sich zum Wohle beider Komponenten auswirkten. Die Notlage der Wissenschaft wurde schon innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Chemische Industrie organisatorisch zu beheben versucht. Die finanzielle Bedrängnis der wissenschaftlichen Einrichtungen durch die Währungsreform wurde durch eine freiwillige Spende der chemischen Wirtschaftsverbände in Höhe von DM 0,10 je Kopf der Belegschaft monatlich gemildert.

Am 24. Februar 1950 wurde dann der „Fonds der Chemie zur Förderung von Forschung, Wissenschaft und Lehre“ geschaffen, der in nunmehr über zwanzig Jahren einen wesentlichen zusätzlichen Beitrag zur Finanzierung der Forschung und Nachwuchsbildung als Lebensnerv der deutschen Chemie geleistet hat.

Auch die Mitgliedsfirmen des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie haben die hierzu notwendigen Sonderbeiträge in jeder Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen. In den Jahren 1949 und 1955 fanden die Hauptversammlungen der Gesellschaft Deutscher Chemiker in München unter Betreuung durch die Chemieorganisation statt — eine eindrucksvolle Bekundung der Zusammengehörigkeit von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft. Diese wird auch durch verständnislose Störversuche aus der jüngsten Zeit nicht beseitigt werden können.

Daß die Chemiewirtschaft außerdem firmen- und brancheneigene Lehreinrichtungen unterhält und nachdrücklich auch nicht-staatliche Ausbildungsstätten fördert, kann hier im einzelnen nicht ausgeführt werden. Hierzu gehören die Betreuung von Einrichtungen wie Chemieschulen für Laboranten und Chemotechniker oder Institutionen wie die auf Initiative von Professor *K. H. Wacker* gegründete öffentliche Stiftung des privaten Rechts „Berufsbildungswerk Burghausen“, die sich vor allem der Ausbildung, Umschulung und Weiterbildung bereits Berufstätiger widmen wird und damit einen Beitrag leistet zu den Methoden des lebenslangen Lernens in der Industriegesellschaft.

Vielfalt in der Einheit

Der Wiederaufbau der schon vor dem Krieg beachtlichen chemischen Produktion vollzog sich zunächst relativ langsam. Von einer verbandsorientierten Wirtschaftspolitik konnte in den ersten Jahren keine Rede sein, weil die Firmen mit den Sorgen um die Tagesprobleme vollauf beschäftigt waren. Der Leistungswettbewerb erstreckte sich auf zum Teil recht primitive Versorgungsprobleme, wobei es unvermeidliche Meinungsverschiedenheiten über die Rolle einer wirtschaftspolitischen Organisation gab.

Gestützt auf die grundsätzlich einmütige Haltung seiner Mitgliedsfirmen lehnte der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie auch in den schwierigen Jahren vor der Währungsreform konsequent jede Beteiligung an Bewirtschaftungsmaßnahmen ab. Auch hierdurch entstehende Unannehmlichkeiten in der täglichen Praxis angesichts der schwierigen Lage

mancher Firmen und Branchen haben hieran nichts geändert; so galt der Verein innerhalb der allmählich entstehenden Zusammenschlüsse der chemischen Industrie als ein besonders hartnäckiger Gegner der Überbleibsel aus der zentralen Verwaltungswirtschaft des Krieges.

Den unterschiedlichen Interessen der einzelnen Sparten wurde durch eine sachbezogene Gliederung der Organisation in Fachabteilungen Rechnung getragen, so für die pharmazeutische und Körperpflegemittel-Industrie, die Fachabteilung Lacke und Farben, die Chemiefaser-Industrie, Textil- und Lederhilfsmittel-Industrie, Schuh- und Fußbodenpflegemittel-Industrie und für die stärkste Branche, die Grundstoffindustrie, sowie für Grenzgebiete, die in der mittelständischen bayerischen Chemiewirtschaft immer eine Rolle gespielt haben.

Das Leitmotiv der Verbandstätigkeit war die Mitarbeit an übergeordneten wirtschaftspolitischen Zielen. Der im Anfang noch recht enge Spielraum für die Privatinitiative mußte Schritt für Schritt in eine größere Bewegungsfreiheit übergeleitet werden; es war nicht immer einfach, die notwendige Geschlossenheit der Chemiewirtschaft innerhalb der auf Restriktion eingestellten politischen Absichten der Besatzungsmächte und ihres Kontrollrats zu erreichen.

Das Versagen der Bewirtschaftungsmaßnahmen durch die Reste der deutschen Verwaltung erzwang die Tätigkeit der Verbände als Liquidatoren der Bewirtschaftung, wodurch vor allem die Tätigkeit der Geschäftsführung charakterisiert war. Ihre Aufgaben spiegeln sich in einem gewissen Pluralismus der Mitarbeiter wieder. Nach einem Übergangsstadium war Dr. C. E. *Hofstadt*, der von der Chemical Section der Militärregierung von Bayern kam und später Vorstandsmitglied der Süd-Chemie AG wurde, im Jahre 1947 eingetreten. Ihm folgte Dipl. Chem. v. *Martius*, ebenfalls aus der Industrie, er ging 1953 mit dem Vereinsvorsitzenden als Mitarbeiter in dessen politische Tätigkeit nach Bonn. Assessor H. *Henze*, vom bayerischen Wirtschaftsministerium, übernahm 1949 die allmählich in Gang kommende sozialpolitische Arbeit und ist in dieser jetzt noch in der Kommission der Europäischen Gemeinschaften tätig. Dipl. Chem. R. *Woller*, ebenfalls vom bayerischen Wirtschaftsministerium, übernahm 1954 die wirtschaftspolitische Geschäftsführung bis 1960, als er in den Verband der Chemischen Industrie nach Frankfurt/Main übertrat, gefolgt von Dr. *Hoefeld*, der nach zwei Jahren denselben Weg ging. Dr. *Warnke*, in der keramischen Industrie beheimatet, wechselte nach einem Jahr in die Politik als Landtagsabgeordneter und späteres Mitglied des Bundestags.

Die organisatorische Klammer für die hauptberufliche Verbandstätigkeit bildete Dr. Chr. *Thom*, der von 1947 bis zu seinem Ausscheiden 1967 als Hauptgeschäftsführer und früherer Mitarbeiter von Dr. *Ungewitter* in der damaligen Wirtschaftsgruppe 'Chemische Industrie' die Verbindung zu den Dachorganisationen in Frankfurt/M. und den politischen Instanzen in Bonn wahrnahm. Unter seiner sachkundigen Leitung wurden übergeordnete Probleme wie Gesellschaftsrecht, Kartellgesetz, Aktienrechtsreform, Patentrecht, Bestandteile des Arbeitsprogramms der bayerischen Chemieorganisation.

Erst mit der später erfolgten organisatorischen Trennung der Wirtschafts- von der Sozialpolitik wurde auch die Arbeitsteilung in der Geschäftsführung durchgeführt. So betreut Dr. W. *Kalb* seit 1954 die gesamte sozialpolitische Tätigkeit innerhalb der Geschäftsfüh-

zung mit ihren Verpflichtungen zu den Spitzenorganisationen und Dr. H. E. *Freund* ist ab 1963 für die spezifischen Aufgaben der bayerischen Chemiewirtschaft in wirtschaftspolitischer Hinsicht verantwortlich.

Wachstum auch in Bayern

In Bayern sind im Zuge der Nachkriegsentwicklung typische Wachstumsindustrien entstanden: neue Zweige der Elektrotechnik und der Datenverarbeitung, der Kernenergie-technik, der Luft- und Raumfahrtindustrie, der Kunststoffverarbeitung und nicht zuletzt der bayerischen Chemiewirtschaft, die im Jahre 1969 einen Umsatz von 4,8 Milliarden D-Mark erreichte.

Im Jahre 1950 nennt die Statistik die chemische Industrie an vierter Stelle hinter den traditionellen Spitzenreitern Textilindustrie, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, elektrotechnische Industrie. In den nachfolgenden Jahren rückte der Maschinenbau vor, so daß die bayerische chemische Industrie im Jahre 1969 an fünfter Stelle, mit steigender Tendenz, stand. Sie hat während des ganzen hier zugrundeliegenden Berichtsraumes ihren Anteil an der Gesamtchemie der Bundesrepublik Deutschland mit rund 10% aller Meßgrößen beibehalten, d. h. sie ist im Rahmen des Gesamtwachstums der Chemiewirtschaft nicht zurückgefallen.

Die geographisch und verkehrsmäßig ungünstigen Standortbedingungen der bayerischen Industrie hatten zwar unter der unmittelbaren Nachwirkung der Kriegsverhältnisse eine deutliche Resignation hinsichtlich der dringlich gewordenen Industrialisierung dieses agrarwirtschaftlich bestimmten Landes erzeugt, von den Organisationen der bayerischen Wirtschaft wurden jedoch die Bemühungen der politischen Instanzen nachhaltig unterstützt, die Wirtschaftsstruktur Bayerns durch Industrialisierung zu verbessern.

Dieser strukturelle Wandlungsprozeß wurde ungeachtet verständlicher traditioneller Hemmungen durch die gemeinsamen Bemühungen von Wirtschaft und bayerischer Staatsregierung unerwartet beschleunigt, woran die Aktivität der bayerischen Wirtschaftsminister, insbesondere Dr. *Seidel* und Dr. *Schedl*, einen beachtlichen Anteil hatte. Einen erheblichen Beitrag leistete auch der Zuwachs am Arbeitskräftepotential durch die Vertriebenen und Flüchtlinge — ein nach 1945 zunächst unlösbar scheinendes Problem —, ebenso wie die im allgemeinen wenig gewürdigte Tatsache, daß der bayerische Staat seit eineinhalb Jahrhunderten weder verfassungs- noch struktur- noch gesinnungsmäßig den Feudalismus als staatspolitisch bestimmenden Faktor gekannt hat.

Für die Chemiewirtschaft war die in den sechziger Jahren notwendig werdende Umstellung von der Kohlechemie auf die *Petrochemie* mit ihren produktions- und verfahrenstechnischen Einflüssen charakteristisch. Die Entwicklung erforderte zunächst den Ausbau einer leistungsfähigen Energie- und Rohstoffbasis, ein Ziel, das in etwa zehn Jahren erreicht wurde. Entgegen mancher historischen Überzeugung floß Erdöl durch Pipelines auch nach Bayern. Die erste Erdölraffinerie wurde im Dezember 1963 in Betrieb genommen. Im Raum um Ingolstadt stehen heute insgesamt fünf derartige Betriebe; eine weitere Raffinerie im sogenannten ‚Chemiedreieck‘ in Burghausen versorgt die Betriebe der Farbwerke Hoechst und der Wacker-Chemie mit Rohstoffen für die petrochemische Erzeugung.

Die Umstellung der Rohstoffbasis von Karbid auf petrochemische Vollproduktion durch verbundwirtschaftliche Organisation, wie z. B. der Deutschen Marathon Petroleum GmbH

und dem Werk Gendorf der Farbwerke Hoechst AG sowie der Wacker-Chemie GmbH, beseitigte auch entwicklungshemmende Folgen aus der stetigen Energieklemme mit ihren überhöhten Preisen. Das Chemiedreieck im Großraum Inn — Salzach — Alz ist nahezu eine Idealform einer gestreuten Industrialisierung, die auch eine Ergänzung durch kleinere und mittlere Betriebe erleichtert.

Eine ähnliche Entwicklung mit einer zweiten Rohstoffbasis für die Petrochemie zeichnet sich am Ende unseres Berichtszeitraums im Raum Ingolstadt ab, wodurch die bayerische Chemiewirtschaft ihre Bedeutung im Rahmen der Gesamtchemie weiter erheblich stärken wird.

Vor der Errichtung dieser Raffineriekapazitäten, die durch Rohrstränge mit Marseille, Genua und Triest verbunden sind, war der bayerische Raum auch hinsichtlich der Versorgung mit Rohstoffen für die Petrochemie gegenüber dem westdeutschen Raum erheblich benachteiligt. Die Kombination der Chemie mit der Energiewirtschaft hat sich volkswirtschaftlich für Bayern besonders positiv ausgewirkt.

Ähnliches wird von dem Erdgasverbund zu erwarten sein, der wesentlich die wirtschaftliche Situation in den schwachstrukturierten ostbayerischen Gebieten verbessern wird, in denen auch die chemische Industrie bis jetzt nicht viel zur Stärkung der Wirtschaftskraft tun konnte. Das bayerische Wirtschaftsministerium hat hierzu festgestellt:

„Nach Umstellung der nordbayerischen Ferngasversorgung auf westdeutsches bzw. holländisches Erdgas, die 1972 abgeschlossen sein wird, und Einspeisung des sowjetischen Erdgases spätestens ab 1973 kann in Bayern der gesamte Gasbedarf — von wenigen abgelegenen Regionen abgesehen — mit Erdgas gedeckt werden.“

Im Jahre 1969 lag die Zuwachsrate des Umsatzes der chemischen Industrie in Bayern sogar um 2,8% höher als im gesamten Bundesgebiet. Im gleichen Jahr wurden im Chemiebereich in Bayern rund 58 000 Arbeitnehmer beschäftigt, d. h. 10,3% der Gesamtzahl der Arbeitskräfte im Bundesgebiet. Die Zahl ist zu Beginn des Jahres 1971 auf über 60 000 Beschäftigte angestiegen. Ihr Einfluß als investitionsstarker Wirtschaftszweig auf andere Branchen ist dementsprechend beträchtlich.

Die Jahresberichte des Landesverbandes der bayerischen chemischen Industrie lassen erkennen, daß in allen Produktionsbereichen die Entwicklung ähnlich verlief. So sind die Chemiefasern schon 1949 auf den ersten Platz der Chemieproduktion gerückt und hielten diese Position bis 1952. Nach einer Ablösung durch die schnellere Wachstumsrate der anorganischen Chemikalien und Grundstoffe nahmen sie nach 1959 wieder den ersten Platz ein.

Die Standortkarte zeigt neben wenigen Verdichtungsgebieten eine weitgehende Streuung der in ihrer Mehrzahl mittelständischen Chemieunternehmen, von denen zur Zeit 886 statistisch erfaßt sind. Schwerpunkte unter Einschluß der Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten sind in Bayern zahlenmäßig der Raum München mit rund 240 Betrieben, gefolgt von Nürnberg mit 63, Augsburg mit 22 und Regensburg mit 12.

Aus den Beschäftigtenzahlen ergeben sich — wie die beigefügte Karte zeigt — andere Schwerpunkträume, wobei zu bemerken ist, daß mehr als 60% aller Arbeitnehmer in der bayerischen chemischen Industrie in Großbetrieben mit 500 und mehr Beschäftigten tätig sind.

An der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung haben auch Teilbereiche der bayerischen chemischen Industrie, die quantitativ nicht so ins Gewicht fallen wie die erwähnten Grundstoffproduktionen, einen wesentlichen Anteil, dazu gehört z. B. die photochemische Industrie Bayerns, die mit ihren Unternehmen überwiegend im Raum München konzentriert ist. Sie ist an der Entwicklung des heute bestehenden Standes der Phototechnik maßgeblich beteiligt und steht im Jahre 1969 mit einem Produktionswertzuwachs von 38,7% an der Spitze aller Spezialbereiche der chemischen Industrie. Die weltweit bekannte deutsche Bleistiftindustrie ist eine bayerische Spezialität, weil Hersteller dieses Industriezweiges in den übrigen Bundesländern nicht vertreten sind. Der Schwerpunkt der Bleistiftfertigung liegt im Raum Nürnberg. Von den im Jahre 1969 hergestellten Bleistiften einschließlich des chemischen Bürobedarfs mit einem Produktionswert von rund 88 Mio DM war nahezu die Hälfte, nämlich 43,1 Mio DM, für den Export bestimmt. Der Anteil der Bleistifte selbst beträgt hieran rund 87%.

Die wirtschaftspolitische Kleinarbeit des Landesverbandes erstreckt sich nicht zuletzt auf die Einflüsse übergeordneter wirtschaftspolitischer Vorgänge auf die bayerische Chemiewirtschaft. Dazu gehören kartellpolitische Vorstellungen aus der Bundespolitik, Diskussionen über die Folgen eines Landesplanungsgesetzes, bildungspolitische Fragen, Reformen des bayerischen Lebensmittelgesetzes oder des Gesetzes über Eichpflicht und Meßwesen und viele andere Sachgebiete, die für die zahlreichen Branchen der Chemiewirtschaft besonders bedeutungsvoll sind.

Die gegen Ende unseres Berichtszeitraums besonders in den Vordergrund getretenen Aufgaben des Umweltschutzes sind im Rahmen der bayerischen Organisation traditionelle Sachgebiete. Gewässerschutz, Luftreinhaltung, Müllbeseitigung und Lärmschutzfragen entbehren für die chemische Industrie des sensationellen Charakters. Eine organisatorische Folgerung hieraus ist die Beteiligung an einer Gesellschaft zur Beseitigung von *Sondermüll* in Bayern, die sich also mit dem Teil der industriellen Abfallstoffe beschäftigt, der wegen seiner Besonderheiten nicht mit dem üblichen Haus- und Gewerbemüll behandelt werden kann. Der Verband hatte bereits 1969 die Gründung einer privatrechtlichen Gesellschaft auf Landesebene angeregt. Mit dem neu errichteten Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen ist die Zusammenarbeit in der Problematik des Umweltschutzes sichergestellt. Das entspricht auch der allgemeinen Tätigkeit der Geschäftsführung, wozu die Kontaktpflege zu allen Behörden, die für die Chemiewirtschaft zuständig sind, gehört, ebenso wie die Beziehungen zu den politischen Instanzen, wie dem Bayerischen Landtag und dem Senat.

Die Akzente der Weiterentwicklung in den siebziger Jahren sind für die bayerische Chemiewirtschaft durchwegs positiv. Es ist anzunehmen, daß die Wachstumsrate der Weltchemie, von der man bis zum Jahre 1980 eine Verdoppelung der gegenwärtigen Chemieumsätze annimmt, für die chemische Industrie in Bayern ein Minimum darstellt. Der Aufbau neuer Kapazitäten für die Massenproduktion, wie er für die wachstumsintensiven Kunststoffbereiche und Synthesefaserindustrie, die Mineralölindustrie und die Grundstoffherstellung charakteristisch ist, wird zwar betriebswirtschaftliche und absatzwirtschaftliche Probleme neuer Art mit sich bringen, die Ertragsbedingungen werden aber aufgrund einer gesunden Wachstumsrate mit aller Wahrscheinlichkeit zu weiterem Aufstieg führen.

Allerdings wird der Leistungswettbewerb sich nicht mehr nur innerhalb der Grenzen des bayerischen Wirtschaftsraumes abspielen; die ungeachtet aller zeitbedingten Schwierig-

keiten zunehmende Integration der Wirtschaftsräume erfordert auch für die Organisation der Chemieindustrie in Bayern die Mitarbeit an internationalen Entwicklungen. Für den Verein der Bayerischen Chemischen Industrie ist dies keine neue Erkenntnis. Schon in der Jahresversammlung 1948 wurde festgestellt, daß

„die für Gesamteuropa zu lösenden Probleme, die ohne Osteuropa nicht zu lösen sind, Aufgaben enthalten, die nur vom wirtschaftlichen Potential Deutschlands bewältigt werden können . . . Die wichtigste Bedingung für die Mitarbeit am europäischen Wiederaufbau dürfte das Vertrauensverhältnis Deutschlands zu den Westmächten sein . . . Weite Kreise des deutschen Volkes fühlen sich verpflichtet, einen größtmöglichen Beitrag zum Wiederaufbau der Welt zu leisten, auch auf Kosten des eigenen Lebensstandards“.

Mit dem letzteren Argument wird man allerdings heute keine Mitgliederversammlung mehr bereichern können, jedoch haben die zehn Jahre später begonnenen Versuche, eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu organisieren, auch für die Chemiewirtschaft weitgehende Folgerungen nötig gemacht.

Die Beziehungen der bayerischen Wirtschaft zum Gemeinsamen Markt sind durch die geographische und strukturelle Sonderlage des Landes bestimmt, das durch eine Zollmauer der EWG von den südöstlichen Nachbarn abgetrennt ist. Der Anteil landwirtschaftlicher Erwerbspersonen liegt mit 16% immer noch über dem Durchschnitt der Bundesrepublik und der EWG. Preis-, Markt- und Strukturpolitik haben ebenso wie die Sozialpolitik frühzeitig starkes Interesse der bayerischen Wirtschaft an den Außenbeziehungen der EWG erregt.

Auch die chemische Industrie war an der Wiederherstellung internationaler Verbindungen gleich nach Kriegsende beteiligt. So hatte der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie aus seiner Geschäftsführung schon im Jahre 1949 Herrn von Martius als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Chemische Industrie zum Marshall-Plan-Komitee der OEEC in Paris entsandt. Dort bestand ein „Chemical Products Committee“, das einen gewissen Einfluß auf die Wiederherstellung der Produktionsmöglichkeiten im besetzten Deutschland hatte.

Nach der Umwandlung der OEEC in die OECD beteiligte sich der Verein an Arbeitsgruppen dieser Organisation, die sich mit Ausbildungsfragen von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren sowie mit Aufgaben der Informationswissenschaften in der Industriegesellschaft beschäftigen. Im ‚Wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschuß‘ der EWG ist der Verein seit 1970 durch den Vereinsvorsitzenden vertreten.

Energieversorgung - meist Mangelware

Am 31. März 1971 wurde die letzte Schicht auf der Ziegelmeier-Schachtanlage des Bergwerks Peiting verfahren. Noch im November 1965 hatte die zuständige Bergwerksgesellschaft gemeint, „im Jahre 2000 geht es in Peißenberg auf die 1400-m-Sohle.“ Die geologischen Verhältnisse und die Konkurrenz anderer Primärenergieträger machten aber ungeachtet moderner Technik den oberbayerischen Pechkohlenbergbau auf die Dauer unwirtschaftlich.

Vor fünfundzwanzig Jahren waren die bayerischen Energieverbraucher mit dem niedrigen Heizwert der Pechkohle allerdings noch zufrieden — ebenso wie mit der Produktion der anderen in Bayern befindlichen bescheidenen Braun- und Pechkohlevorkommen.

Die Wiederaufnahme der Produktion in der chemischen Industrie hing in den Jahren der Stromsperrungen und der Trennung von anderen Kohlerevieren zu einem guten Teil von der Leistung dieser Betriebe ab, in denen unter schwierigsten Arbeitsverhältnissen gefördert wurde.

Unter den Nachkriegsverhältnissen machte sich die Revierferne Bayerns (die bis 1945 geltende Liefergebietsaufteilung — symbolisiert durch den „Kokszaun“ — schloß Bayern vom Ruhrgebiet ab) besonders empfindlich bemerkbar. Aushilfslieferungen von Schlammkohle und das oft gehörte Argument der Kohlebewirtschaftungsstellen im Ruhrgebiet: „Ihre Betriebe haben das Pech, in Bayern zu liegen“ blieben in der Erinnerung haften.

Die Bereitschaft in Politik und Wirtschaft, für Bayern eine ausreichende, sichere und preisgünstige Energieversorgung auf regionaler Basis zu entwickeln, wurde dadurch nachhaltig gestärkt.

Der Bedarf der bayerischen Industrie an elektrischer Energie wurde durch die öffentliche Stromversorgung und zu einem erheblichen Teil durch industrieeigene Wasser- und Dampfkraftwerke gedeckt.

Groß-Stromverbraucher der Chemie waren und sind die Firmen Wacker-Chemie mit Tochterunternehmen, die Süddeutschen Kalkstickstoff-Werke, die Werke Gendorf und Gersthofen der Farbwerke Hoechst AG, die Elektrochemischen Werke München, die SIGRI-GmbH (früher Siemens-Plania) in Meitingen.

Im Zusammenhang mit der ungenügenden Primärenergieversorgung wurden die Möglichkeiten der sich neu anbietenden Kernenergie schon sehr früh positiv beurteilt. Die bayerische Staatsregierung hat in ihrem Programm vom April 1969 festgestellt: „Der Schwerpunkt der energiepolitischen Überlegungen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur Bayerns liegt deshalb vornehmlich bei diesem neuen und zukunftsreichen Energieträger Kernenergie.“

Als ein überzeugter Fürsprecher dieser Entwicklung hat sich Dr. Hermann Römer, Vorstandsvorsitzender der Südchemie AG, große Verdienste erworben. Bayern hat als erstes Bundesland Kernkraftwerke errichtet.

Die bayerische Elektrizitätswirtschaft expandierte in Bayern von 1958 bis 1968 mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 7,5%. Es ist anzunehmen, daß der von Kernkraftwerken in Bayern im Jahre 1970 zu 8,1% gedeckte Anteil an der Bruttostromerzeugung 1985 bereits 55% betragen wird. Der Anteil der festen Brennstoffe, der 1970 noch 39,5% betrug, wird dann auf 5% sinken.

Vermutlich wird die steigende Kernkraftwerkskapazität nur durch Kooperation einiger großer EVU erreicht werden können. Die Wachstumsrate der Chemicwirtschaft Bayerns wird dann nicht mehr durch den Energieengpaß bestimmt sein.

Organisatorische Verwandtschaft

Die Vereine der Bayerischen Chemischen Industrie nahmen sehr früh die Beziehungen zu den Organisationen wieder auf, deren Tätigkeit für die Sicherheit der Arbeit in den Betrieben — besonders unter den erschwerten Nachkriegsverhältnissen — unentbehrlicher denn je war, der staatlichen Gewerbeaufsicht, der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie und dem für Bayern zuständigen Technischen Überwachungs-Verein.

Die Berufsgenossenschaften waren in der sowjetischen Besatzungszone in einer Einheitsversicherung aufgegangen, in der Stadt Berlin wurden sie bis auf weiteres stillgelegt und

durch Treuhänder verwaltet und in den Sektionen der Westzonen waren sie zunächst völlig auf sich gestellt. Sie mußten die Schwierigkeiten der Übergangszeit aus eigener Kraft bewältigen. Die Dienstaufsicht übten die Arbeitsminister der Länder aus, die auch die Leiter der Sektionen beriefen. Ihre Organe wurden erst später nach demokratischen Gesichtspunkten unter Beteiligung der Versicherten neu gebildet. Dabei wurde die langbewährte innere Struktur im wesentlichen beibehalten. Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie wurde in der US-Zone in drei Sektionen unterteilt und bis zur Bildung einer neuen gemeinsamen Hauptverwaltung im Einvernehmen mit der Besatzungsmacht durch eine geschäftsführende Hauptverwaltung in Heidelberg unter der Leitung von Dr. Hergt (BASF) zusammengefaßt.

In Bayern war die Sektion VIII in Nürnberg zuständig, um deren organisatorischen Aufbau sich insbesondere Dr. Kolke bemühte. Vorsitzender der Sektion wurde der Vorsitzende des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie, der gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Bayern der gewerblichen Berufsgenossenschaften war.

Unfallverhütungs- und Rentenausschüsse begannen zu arbeiten. Die gesetzlichen Forderungen der Unfallverhütung durch enge Zusammenarbeit zwischen technischen Aufsichtsbeamten und Betrieben wurden ohne Unterbrechung erfüllt, wobei sich die Einrichtung von Unfallvertrauensmännern besonders gut bewährte.

In den ersten Nachkriegsjahren bestanden besondere Schwierigkeiten in den Betrieben durch Material- und Personalmangel und eine erhöhte Gefährdung bei der weitgehenden Beschäftigung branchenfremder Arbeitskräfte und betriebsfremde Wiederaufbauarbeiten.

Die finanzielle Lage — auch der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie — war angespannt, wenn auch das Umlageverfahren die Kostendeckung bewirkte. Zunächst aber sank die Lohnsumme durch die Schrumpfung der chemischen Industrie wegen des Wegfalls einer Anzahl Großbetriebe und nötigte zu einer Steigerung des Beitragsfußes, der die arbeitenden Betriebe besonders belastete. Der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie war ständig durch Vertreter seiner Firmen oder ehrenamtlichen Organe im Vorstand der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie vertreten.

Entsprechendes gilt für die Zusammenarbeit mit dem Technischen Überwachungs-Verein Bayern e. V., der als Selbstverwaltungsorganisation der Wirtschaft in enger Zusammenarbeit mit den Betrieben der chemischen Industrie die Sicherheit der Anlagen gewährleistet. Nach einer vorübergehend drohenden Gefahr der Verstaatlichung nach 1945 hat sich der frühere bayerische Dampfkessel-Revisionsverein zum größten Technischen Überwachungs-Verein der Bundesrepublik entwickelt.

Der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie hat für die ehrenamtlichen Organe dieser Organisation Vertreter entsandt; so den Vereinsvorsitzenden und Dr. Heisel in den Vorstand. In Fortsetzung einer alten Überlieferung, die Professor Carl Linde als Vorsitzender des Vereins bis 1919 begonnen hat, ist Dr. Hermann Linde seit 1970 Vorstandsvorsitzender des Vereins als Vertreter einer Mitgliedsfirma der Chemieorganisation.

Trennung durch Sachzwang

Aus steuerrechtlichen Gründen wurde es unvermeidlich, den Landesverband Bayern des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) vom Verein der Bayerischen Chemischen Indu-

strie (VBCI) zu trennen. Der Landesverband erhielt durch die Gründungsversammlung vom 10. Mai 1965 den erforderlichen rechtlichen Status mit eigener Satzung und Vereinsorganen.

Die Wahlen ergaben für den Vorstand eine Personalunion mit dem Vorstand des VBCI mit den Herren Balke, Gammert, Heisel und Kolke.

Zu Beiratsmitgliedern wurden gewählt:

Berg	Wacker-Chemie GmbH
Dirksen	Süddeutsche Kalkstickstoff-Werke AG
Fischer	Farbwerke Hoechst AG, Werk Gendorf
Fröhler	Elektrochemische Werke München AG
Frowein	Farbwerke Hoechst AG, Werk Bobingen
Kaess	Süddeutsche Kalkstickstoff-Werke AG
Lindner	Süd-Chemie AG
Wacker	Wacker-Chemie GmbH
Finke	Zyma-Blaes AG
Fischer	Sandoz AG
Forster	Heinrich Mack Nachf.
Wiedemann	Chemische Fabrik von Heyden AG
Ringer	Michael Huber KG
Voltmer	Vereinigte Farben- und Lackfabriken
Hansen	Chemische Fabrik Grünau GmbH
Kopschitz	Erich Kopschitz Kerzenfabrik
Marx	F. Seltsam Nachf. Gesellschaft für chemische Industrie mbH
Jordan	Isar-Chemie GmbH
Asser	Michael Barthel & Co
Pastor	Perutz Photowerke Zweigniederlassung der Agfa-Gevaert AG
Tropitzsch	Chemische Fabrik Marktredwitz AG
Prottengeier	Konrad Prottengeier Seifenfabrik
Böhme	Dr. Th. Böhme KG

Als Geschäftsführer wurde Dr. Freund bestätigt, die Bürogemeinschaft mit dem VBCI unter Dr. Thom als Hauptgeschäftsführer blieb erhalten. Damit war der Landesverband zu einer Untergliederung des VCI gemäß dessen Satzung geworden. In den Beschlüssen des Dachverbandes wird der bayerische Landesverband durch Mitglieder seiner Gremien und durch Vertreter überfachlicher bayerischer Firmen repräsentiert.

In der Mitgliederversammlung 1971 wurde die Personalunion der beiden Vorstände teilweise aufgehoben.

Unteilbare Verantwortung in der Sozialpolitik

Mit der formalen Trennung der bayerischen Chemieverbände wurde der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie zur rein sozialpolitischen Organisation — eine Tätigkeit, die ihm in seinen Anfängen nicht erlaubt war. Nach 1945 hatten die Militärregierungen zwar ziemlich früh die Bildung von gewerkschaftlichen Vereinigungen wieder zugelassen, während Arbeitgeberverbände verboten blieben; so entstand in Bayern eine Landesge-

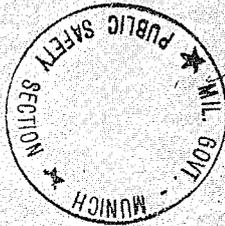
OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT
LIAISON AND SECURITY OFFICE
SK-LK MUNICH DET. E 213
APO 170

3rd August 1946.

CERTIFICATE

This is to certify that Dr. S. B A L K E , residing at Munich-Aubing, Gotzmannstr.3, applied at this office for permit to conduct a member-meeting of the association for the Bavarian chemical industry at Munich, Marienpl., Rathaus, to take place the 9th August 1946, 0900 Hrs.

This will permit him to conduct this meeting.



William J. Moran
William J. MORAN
2nd Lt. Inf.
Pass and Permit Officer.



GEORG SCHADOW
Sozialpolitischer Ausschuß 1949–1953



DR. ERNST SCHNEIDER
Sozialpolitischer Ausschuß 1959–1970



DR. FRIEDRICH SIGMUND
Beirat bzw. Sozialpolitischer Ausschuß
1949–1953



DR. WALTHER SCHÜKERK
Sozialpolitischer Ausschuß 1954–1962



DR. LOTHAR WEYL
Sozialpolitischer Ausschuß 1950–1962

werkschaft Chemie, Leder und Keramik, die später in der jetzigen Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik als bayerischer Landesverband aufging. Der damalige Vorsitzende der bayerischen Gewerkschaft, Theo *Lederer*, erwarb sich auch in Arbeitgeberkreisen ein beachtliches Ansehen.

Arbeitsrechtliche Vereinbarungen mit Arbeitnehmern waren aber zunächst nur mit einzelnen Arbeitgebern erlaubt und die Militärregierung achtete mit politisch bedingtem Mißtrauen streng darauf, daß keine Arbeitgeberorganisationen in ihrem Bereich entstanden. So mußte auch beim Aufbau der Chemieorganisation zunächst sorgfältig unterschieden werden zwischen Fachvereinen und Fachabteilungen einerseits und der Wahrnehmung von Arbeitgeberinteressen andererseits. Im Jahresbericht 1946 des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie schilderte der Vorsitzende die damalige Lage:

„Mißverständnisse waren besonders im Anfang in bezug auf das Aufgabengebiet der Fachvereine entstanden, als in ihnen von verschiedenen Seiten ausgesprochene Arbeitgebervertretungen vermutet wurden, was zu unnötigem Mißtrauen Anlaß gegeben hat. Nachdem jetzt auch die Bildung besonderer Arbeitgebervertretungen in greifbare Nähe gerückt ist, erübrigt sich eigentlich noch einmal ausdrücklich festzustellen, daß der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie als Fachverein keine Arbeitgebervertretung darstellt. Wir vertreten die Interessen der chemischen Industrie hauptsächlich in produktions-technischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht, d. h. die gemeinsamen Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Genau so wenig wie wir Aufgaben zu bearbeiten haben, die den Gewerkschaften zustehen, haben wir Funktionen der Arbeitgeberverbände auszuüben.

Dem steht nicht entgegen, daß wir die Bildung von besonderen Arbeitgebervertretungen als Vertragspartner der Arbeitnehmerorganisationen für dringend nötig halten, wenn auch hier kein Anlaß zu überstürzten Maßnahmen vorliegt. Wir stimmen mit dem Wirtschaftsministerium darin überein, daß hierfür selbständige Organisationen getrennt von den Fachvereinen zu bilden sind. Dies ist, wie aus der jüngsten Entwicklung zu ersehen ist, auch die Absicht der zuständigen Stellen. Die Wirtschaftspolitik der Zukunft wird sich in Deutschland vordringlich nach sozialen Gesichtspunkten richten müssen. Die Fachvereine, die der Aufsicht des Wirtschaftsministeriums unterstehen, sind aber nicht das geeignete Forum zur Behandlung sozialpolitischer Fragen, da die Arbeitsbedingungen der gewerblichen Wirtschaft im weitesten Sinne in erster Linie wohl unter der Leitung des Arbeitsministeriums gestaltet werden.

Praktisch soll die Bildung der Arbeitgebervertretungen so vor sich gehen, daß die Fachvereine aus ihren Reihen geeignete Mitglieder wählen, die dann in einer besonderen Organisation die sozialrechtlich notwendigen Arbeitgeberfunktionen ausüben“.

Die politischen Hemmnisse wurden zuerst für die Gewerkschaften beseitigt, deren Absichten nach 1945 betont auf weltanschauliche Neutralität und parteipolitische Unabhängigkeit gerichtet waren, wie es ihre Repräsentanten Hans *Böckler*, Jakob *Kaiser* und Karl *Arnold* übereinstimmend vertraten. Ein deutscher Gewerkschaftsbund entstand aber erst nach Konstituierung der Bundesrepublik im Jahre 1949 mit einem in München verabschiedeten Grundsatzprogramm.

Sozialpolitische Auseinandersetzungen begannen in der Wirtschaft und auch in den regionalen Chemieorganisationen aber schon vor und vor allem sofort nach der Währungs-

reform, durch die der Lohnstopp aufgehoben wurde und Tarifverträge wieder abgeschlossen werden konnten. 1948 legte die bizonale Verwaltung für Arbeit dem Wirtschaftsrat der Bizone schon den Entwurf für ein Schlichtungsgesetz vor. Soweit schon Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften wiedergegründet waren, vertraten sie gemeinsam die Absicht, ohne staatliche Schlichtung auszukommen. Es kam zu einem gemeinsamen Gesetzentwurf für das Schlichtungswesen. Der Entwurf wurde nicht realisiert, weil die Sozialpartner eine freiwillige Vereinbarung für die Tarifvertragspartner anstrebten. In den nun schon historischen Konferenzen in Bad Münster am Stein, Hattenheim und Maria Laach wurde in gemeinsamen Besprechungen versucht, ein Eingreifen des Staates durch die Bereitschaft der sozialpolitischen Organisationen zu verhindern, auch unpopuläre Entscheidungen selbst zu treffen; damals wurde das Bewußtsein für den Nutzen der Tarifautonomie geweckt und gestärkt.

Gemeinschaftsgespräche begannen schon im Januar 1950 über die Forderung nach einem *Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft*, wobei zunächst die theoretische Übereinstimmung erzielt wurde, einem Bundeswirtschaftsrat auf paritätischer Grundlage zuzustimmen; jedoch scheiterten 1950 die Versuche der sozialpolitischen Partner, sich über die Formen der betrieblichen Mitbestimmung zu verständigen. Dann übernahm der Bundestag die Auseinandersetzung über diese Frage, aber auch durch die Bemühungen des damaligen Bundesarbeitsministers kam keine gemeinsame Stellungnahme zustande und die Einführung des Mitbestimmungsrechts im Montan-Bereich schuf eine Situation, die in den folgenden zwanzig Jahren keine Lösung dieser noch heute anstehenden Aufgabe brachte.

In der amerikanischen Besatzungszone wurde von den Gewerkschaften der angebliche Einfluß der Arbeitgeberseite immer überschätzt, denn sowohl in den USA wie in Großbritannien standen die eigenen Interessen der Gewerkschaften im Vordergrund der Sozialpolitik und die Verbündeten in anderen Staaten wurden danach ausgesucht, wie weit sie den nationalen Interessen dienlich waren.

Die bayerische Chemieorganisation war im Gegensatz zu den neu entstandenen Verbänden in den Besatzungszonen von Beginn an darauf eingestellt, auch sozialpolitische Aufgaben zu übernehmen. Damit blieb sie aber — mit der Ausnahme Niedersachsens — allein, was aber nichts daran geändert hat, daß die Kombination der Wirtschafts- mit der Sozialpolitik in einer wenn auch jetzt formal getrennten Vereinigung sich für die gesamte Industrie-gruppe günstig ausgewirkt hat. So wurde schon in die erste Satzung des bayerischen Chemievereins eine Bestimmung mit folgendem Wortlaut aufgenommen:

„Der Verein betätigt sich auf sozialpolitischem Gebiet nach den gesetzlichen Bestimmungen. Die Mitglieder sind an sozialpolitische Vereinbarungen des Vereins gebunden“.

Es wurde ein sozialpolitischer Ausschuß gebildet, dessen Vorsitz Herr *Hiller* (Wacker-Chemie) übernahm. In der Folge erwies es sich mit der Möglichkeit, Arbeitgeberorganisationen zu bilden, vereinsrechtlich als notwendig, den Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses in den Vorstand aufzunehmen. Das geschah nach dem Ausscheiden von Herrn *Hiller* aus seiner interimistischen Tätigkeit in der Mitgliederversammlung am 8. Juni 1949 in München durch die Wahl von Herrn Dr. *Walter Gammert* als neuen Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses in den Vereinsvorstand; dieser bestand durch die regelmäßig erfolgende Wiederwahl in den kommenden Jahren in der Zusammensetzung *Balke, Gammert, Heisel, Kolke* bis zum Ablauf des Geschäftsjahres 1968/69.

Zu diesem Zeitpunkt schieden die Herren Dr. Heisel und Dr. Gammert aus dem Vorstand der beiden Organisationen aus, sie wurden zu Ehrenmitgliedern des Vorstandes des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie ernannt.

Bei den Tarifverhandlungen nahm der sozialpolitische Ausschuß bis heute und wohl auch in Zukunft die Aufgabe einer Tarifkommission wahr, eine besondere Belastung für den Vorsitzenden Dr. Gammert, der auch gleichzeitig die bayerische Organisation in dem neugegründeten *Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der Chemischen Industrie* in Wiesbaden vertrat. Der Beginn der sozialpolitischen Arbeit stand aber unter dem politischen Hindernis, daß nur ein vorläufiger Ausschuß für Sozialpolitik arbeiten konnte, der eine Art privater Vereinbarung mit dem bayerischen Arbeitsministerium schließen mußte, das sich seinerseits die Genehmigung von OMGUS zu verschaffen hatte.

Die ersten Jahre der Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft standen noch nicht unter dem ideologischen Druck der Gegenwart, es handelte sich um sozusagen klassische Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen, wobei das traditionelle Ritual, Abschlüsse grundsätzlich erst in den frühen Morgenstunden zu tätigen, sorgsam gepflegt wurde.

Die Versuche, gemeinsame Nöte zu beheben, waren eine Zeitlang stärker als zukunftsorientierte Utopien und es wäre zweifellos unrichtig, in dem Verhältnis der bayerischen Arbeitgeberorganisation und den in Bayern tätigen Gewerkschaften eine einseitige Kampfsituation als unabänderlich festzustellen. Schwieriger wurden die Verhältnisse allerdings allmählich durch die Rücksichtnahme auf die sozialpolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik nach 1949. Zentralistische und regionale Interessen stießen bei beiden Sozialpartnern aufeinander und erforderten ein ständiges Ausbalancieren zwischen den allgemein gültigen Bestimmungen eines Manteltarifs und den regionalen Auffassungen. Im augenblicklichen Zeitpunkt läßt sich aber wohl zutreffend feststellen, daß die Solidarität innerhalb der Arbeitgeberorganisation durch den Arbeitsring der Chemieverbände sich, wenn auch nicht reibungslos, besser bewährt hat als die schwankende Haltung insbesondere der IG Chemie, Papier, Keramik in der Abgrenzung zentraler und regionaler Bestrebungen. Allerdings hatte auch der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie des öfteren Anlaß, seine Ausnahmesituation innerhalb der Gemeinschaft zu verteidigen. So faßte die Mitgliederversammlung 1961 aufgrund der damaligen Tarifsituation folgenden Beschluß:

„Struktur und Randlage der chemischen Industrie in Bayern, insbesondere aber ihr mittelständischer Charakter, rechtfertigen auch weiterhin das Fortbestehen einer eigenen Tarifhoheit im Lohn- und Gehaltstarifbereich“.

Die Sachlage hat sich bis heute nicht grundsätzlich geändert, die Wachsamkeit zur Wahrung „bayerischer Belange“ ist wohl auch in Zukunft eher ein Stimulans für die gemeinsame Sozialpolitik als ein Hindernis. Aus diesen und anderen Gründen wurden auch die satzungsgemäßen Befugnisse des sozialpolitischen Ausschusses laufend erweitert, es ist anzunehmen, daß die kommenden Mitgliederversammlungen dies auch nach 1971 fortsetzen werden.

Das Jahr 1961 brachte zwei Jubiläen von Mitgliedsfirmen: die Elektrochemischen Werke München bestanden 50 Jahre und die Firma Dr. Ernst Kraft, vormals Boxbergers Hofapotheke, Bad Kissingen, feierte ihr 250-jähriges Jubiläum.

Über die sozialpolitische Arbeit des Vereins geben die besonders sorgfältig gestalteten Jahresberichte anläßlich der Mitgliederversammlungen ein praktisch lückenloses Bild. Die

Darstellungen sind ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik der Nachkriegszeit in einem wichtigen Wirtschaftszweig der Bundesrepublik. Die streng sachbezogene Arbeit des Vereins in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen hat zum Ansehen unserer Organisation über die Landesgrenzen hinaus wesentlich beigetragen. Dazu gehörten auch die frühzeitige Beschäftigung mit übergeordneten Aufgaben. Gegen Ende des Jahres 1953 veranstaltete der Verein eine Ausstellung „Leistung und Lohn“ im Deutschen Museum, die mit neuartigen Methoden das Prinzip des Leistungslohnes in den praktischen Auswirkungen für die Betriebe darzustellen versuchte und großes Interesse in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen fand. Diese Ausstellung gab den Anstoß zu ähnlichen Veranstaltungen durch die Arbeitgeberorganisation der chemischen Industrie im Bundesgebiet.

Der Verein hatte einige Jahre nach seiner Gründung begonnen, die Mitgliederversammlungen mit Vortragsveranstaltungen zu verknüpfen, an denen auch Betriebsangehörige der Mitgliedsfirmen teilnahmen.

Redner und Themen waren:

- 1951 — Professor Pfister, München:
„Zukunftsfragen der Wirtschaft“
- 1953 — Professor Schrewe, Hamburg:
„Wirtschaft zwischen Freiheit und Bindung“
- 1954 — Professor Wessels, Köln:
„Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik“
- 1955 — Professor Schelsky, Hamburg:
„Jugend und Beruf in der industriellen Arbeitswelt“
- 1956 — Abt Lang OSB, München:
„Überwindung des Materialismus“
- 1958 — Professor Pfister, München:
„Einkommenspolitik im Zeichen der Vollbeschäftigung“
- 1960 — Professor Conze, Heidelberg:
„Staat und Gesellschaft Deutschlands im Zeitalter der sozialen Bewegung“
- 1961 — Pater Langenfeld, ‚Weiße Väter‘, Frankfurt/Main:
„Entwicklungshilfe in Afrika aus Ost und West“
- 1962 — Professor Marbach, Bern:
„Das Friedensabkommen in der schweizerischen Metallindustrie“
- 1963 — Professor Sieglitz, München:
„Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Forschung und Entwicklung in der chemischen Industrie“
- 1964 — Präsident Dr. Müller, BAG Kassel:
„Die Bedeutung des Arbeitsrechts in unserer heutigen sozialen Ordnung“
- 1966 — Abt Lechner OSB, München:
„Beharrung und Fortschritt im Zeitalter des Konzils“
- 1967 — Staatsminister Dr. Pöhner, München:
„Öffentliche Finanzpolitik im Blickpunkt der bayerischen Wirtschaft“

- 1968 — Dr. Bergmann, Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt/Main:
 „Die Wirkungen des Patentgesetzes auf die Wettbewerbslage in der deutschen chemischen Industrie“
- 1969 — Dr. Vester, Vorsitzender des Verb. Angest. Akad. d. chem. Ind., Burghausen:
 „Der leitende Angestellte in Betrieb und Gesellschaft“
- 1970 — Dr. Rogge, Prognos, Basel:
 „Langfristige wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven der Bundesrepublik“

Die Arbeit der folgenden Jahre stand neben den regelmäßig wiederkehrenden Tarifaussinandersetzungen immer stärker unter den soziologischen Entwicklungen in einem Industriestaat, dessen Wirtschaftspolitik einen unerwarteten Wohlstand ermöglicht hatte. Die Tätigkeit des Vereins wurde von wechselnden Faktoren bestimmt, unter denen aber die Vollbeschäftigung, die gewerkschaftliche Forderungsautomatik und die Sozialgesetzgebung in der Bundesrepublik eine Dauerposition einnahmen.

Diese, über den fachlichen Bereich hinausgreifenden Aufgaben förderten auch die Zusammenarbeit mit verwandten Organisationen, wobei die ständige Verbindung mit dem Arbeitsring auch von dessen Gründung an personell gesichert war. Unter dem Vorsitzenden des Arbeitsrings von 1947, Franz Greiss, war Herr Hiller stellvertretender Vorsitzender des Arbeitsrings bis 1951, er wurde von Walter Gammert abgelöst, der dieses Amt bis 1969 innehatte. Sein Nachfolger wurde E. Maurer (Wacker-Chemie) und seit 1965 ist das jetzige Vorstandsmitglied des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie, Otto Esser (Vereinigte Glanzstoff-Fabriken Obernburg) Vorsitzender des Arbeitsrings. Zu den einzelnen Aufgaben zählen nach wie vor u. a. die Berufsausbildung, sozial- und gesellschaftspolitische Gesetze und Grundsatzfragen im Manteltarifbereich. In den letzten Jahren ist auch die sozialpolitische Stellung der Angestellten, insbesondere ihrer leitenden Gruppen, in den Bereich der organisatorischen Auseinandersetzungen eingefügt worden.

Mit der *Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern*, dem sozialpolitischen Spitzenverband auf der Landesebene, bestehen seit dessen Gründung enge sachliche und persönliche Beziehungen mit der Chemieorganisation. Im Vorstand der Vereinigung sind Mitglieder der ehrenamtlichen Gremien der Chemieorganisation regelmäßig vertreten. Das entspricht auch dem sehr positiven Verhältnis des wirtschaftspolitischen Landesverbandes Chemische Industrie mit dem *Landesverband der bayerischen Industrie*.

Seitdem im Jahresbericht 1965/66 in bezug auf die Sozialpolitik ein „Kreislauf des Unbehagens“ festgestellt wurde, hat sich das Klima in der sozialpolitischen Arbeit zweifellos verschlechtert. Das erscheint angesichts der unverändert bestehenden Wohlstandssituation in der Bundesrepublik unverständlich, wenn es auch keine Rückversicherung gegen eine Änderung dieses Zustandes gibt. Die Organisationsarbeit wird sich in Zukunft wieder stärker mit der Situation der einzelnen Unternehmen beschäftigen müssen, da die pauschalen Regelungen für den Bereich der Bundesrepublik zu Verzerrungen der wirtschaftlichen Situation einzelner Sparten und Unternehmen führen können. Die Verbandsarbeit ist in der bayerischen Organisation stets auf eine enge Fühlungnahme mit den Mitgliedsfirmen ausgerichtet gewesen, wozu auch regelmäßige Ausspracheveranstaltungen über Sozial-, Tarif- und Wirtschaftspolitik gehören.

Eine besondere Leistung ist die Beteiligung des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie an den vom Arbeitsring Chemie veranstalteten *Meistertreffen* der chemischen Indu-

strie, von denen schon im Jahre 1965 die hundertste Veranstaltung stattfand. Etwa ein Drittel dieser Treffen fand in Seebruck am Chiemsee unter der besonderen Mitwirkung des Vereins unter Leitung von Hauptgeschäftsführer Dr. *Kalb* statt. Mehr als 1800 Teilnehmer kamen aus den bayerischen Betrieben und der Anteil der aus diesen kommenden Führungskräfte liegt wesentlich über dem Durchschnitt des Bundesgebietes.

Der übergeordneten Tätigkeit des Vereins dienen auch die Beziehungen zu den Industrie- und Handelskammern und zahlreichen sozialpolitisch tätigen Organisationen im Bundesgebiet. Von 1964 bis 1969 war der Vereinsvorsitzende Präsident der *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände*.

Die interne Organisation der Verbände wurde durch eine Änderung der Zusammensetzung des Vorstandes im Jahre 1968 den zukünftigen Aufgaben angepaßt. Die Mitgliederversammlung 1969 beschloß, den Vorstand personell zu erweitern und wählte die Herren Dr. *Balke* (Vorsitzender), *Esser*, Dr. *Finke*, *Frowein*, Dr. *Kolke*, *Maurer*, Dr. *Ringer* und Dr. *Wamsler* zu Vorstandsmitgliedern; in derselben Versammlung wurde Direktor *Maurer* (Wacker-Chemie) zum Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses gewählt.

Die Arbeit der sozialpolitischen Organisation ist im Jubiläumsjahr u. a. durch die bevorstehende Neuregelung des Betriebsverfassungsgesetzes (BVG) bestimmt. 1952 war bekanntlich das bisherige Gesetz von SPD und DGB abgelehnt worden. Ein von den Gewerkschaften veranlaßter Streik wurde in einem Gerichtsverfahren als politischer Druck auf das Parlament charakterisiert und war für die Urheber ein Fehlschlag. Die Grundsätze des seinerzeit geschaffenen Gesetzes, darunter die Entscheidungsfreiheit des Unternehmers in wirtschaftlichen Fragen, das Leistungsprinzip und die Verpflichtung zur sozialen Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Betrieben, haben sich ungeachtet der ursprünglichen Skepsis auf Unternehmerseite bis in das Jahr 1971 bewährt. Sie sollen nunmehr nach jahrelangen politischen Auseinandersetzungen über die Betriebsverfassung durch ein neues Gesetz abgelöst werden, dessen Vorstellungen jedoch zu viele Merkmale einer „Systemänderung“ enthalten, als daß es in eine marktwirtschaftliche Ordnung eingefügt werden könnte.

Im Zusammenhang damit muß auch die Mitbestimmungsdiskussion gesehen werden, die seit Jahren als gesellschaftspolitisches Problem ungelöst geblieben ist. Sie mutet allmählich wie die nach 1945 unter Besatzungsmacht entstandene Regelung in der Montan-Industrie soziologisch reichlich antiquiert an. Die radikalen Kräfte unter ihren Verfechtern sehen jedenfalls in ihr keine progressive Systemänderung, sondern eine autoritäre Form der Manipulation, als deren Konsequenz das „imperative Mandat“ unvermeidlich wird.

Nach mehr als zwanzig Jahren Arbeit an einer Betriebsverfassung auf lange Sicht ist lediglich festzustellen, daß die politischen Tendenzen mehr auf eine Konflikts- als auf eine Friedensordnung hinzielen. Dem Chronisten geziemt es jedoch nicht, sich als Prophet zu versuchen.

Das gilt auch für eine Neuentwicklung in der Tarifpolitik:

Im Herbst 1969 wurde die Tarifpartnerschaft durch ein in der kurzen Geschichte der Bundesrepublik erstmaliges Ereignis erschüttert: die wilden Streiks in anderen Industriezweigen, die aber nicht auf die Chemie übergriffen. Die Gewerkschaften — auch die IG-Chemie — versuchten daraufhin, die organisatorische Basis für Tarifregelungen stärker an

die Mitgliedschaft und die Betriebe zu binden. Im letzten Jahre unseres Berichtszeitraums ist noch nicht zu erkennen, ob die Flucht nach vorn den Gewerkschaften ein Ausbalancieren konservativer und extrem progressiver Kräfte ermöglicht.

In den Tagen, in denen dieser Bericht abgeschlossen wird, steht auch der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie in neuen Tarifverhandlungen. Sie müssen mit der von den Gewerkschaften angestrebten Regionalisierung der Tarifaueinandersetzen fertig werden, ebenso wie mit den Folgen vorhergegangener Regelungen. Eine regionale Tarifpolitik wird die Belastung und Verantwortung der regionalen Organisationen unserer Industrie vermehren. Der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie sieht sich am Beginn des nächsten Vierteljahrhunderts vor grundsätzlichen Entscheidungen — wie oft in seiner kurzen Geschichte.

Die Forderung an die Unternehmer als ausschlaggebenden Faktor der Marktwirtschaft, sich der Mitarbeit in Organisationen und der Politik nicht zu entziehen, hatte in den ersten Aufbaujahren unter bedrängenden Standortverhältnissen ein gutes Echo — vorwiegend im Rahmen der Gemeindeaufgaben.

Die Bereitschaft, in den Organisationen der Wirtschaft ehrenamtliche Funktionen zu übernehmen, ist zwar ständig gewachsen — wobei allerdings fünfundzwanzig Jahre nach dem Weltkriegsende ein Generationenproblem auftaucht —, doch kann man nicht behaupten, daß die politische Tätigkeit der Unternehmerschaft auch nur annähernd ausreicht, um ihre gesellschaftspolitische Position zu verteidigen oder gar auszubauen. Hierin liegen für die Organisationen der bayerischen chemischen Industrie noch wichtige Aufgaben. Immerhin hat der „Chemie-Verein“ in dem hier geschilderten Zeitraum aus seinen ehrenamtlichen Organen einen Bundesminister und langjährigen Bundestagsabgeordneten sowie ein Mitglied des bayerischen Senats gestellt, aus der Geschäftsführung einen Landtags- und späteren Bundestagsabgeordneten.

Die in fünfundzwanzig Jahren erbrachte Leistung der Chemieorganisationen in Bayern erforderte die selbstlose ehrenamtliche Mitarbeit zahlreicher Vertreter der Mitgliedsfirmen und eine hochqualifizierte Geschäftsführung. Die beiden Vereine konnten sich in diesem ersten Abschnitt ihrer Geschichte der Mitarbeit ausgezeichneten Fachkräfte erfreuen, die eine ständig schwieriger und umfangreicher werdende Arbeit zu bewältigen hatten und haben werden.

Eine Besonderheit unserer Organisation ist die Beschäftigung von Referendaren während eines Teils ihrer juristischen Ausbildung. Seit 1952 waren es zwanzig dieser zeitweiligen Mitarbeiter, die sich in ihrem späteren Berufsleben eine anerkennenswerte Anhänglichkeit an unsere Organisation bewahrt haben.

Jubiläum - und was nun?

Der Versuch, aus einem verhältnismäßig kurzen Abschnitt der Geschichte einer branchenmäßig und regional begrenzten Organisation die zukünftige Rolle der Wirtschafts- und Unternehmerverbände zu beurteilen, ist sicher unzulänglich. Es läßt sich aber aus der wissenschaftlichen Diskussion der fünfziger Jahre über die Rolle der Verbände in der Demokratie ableiten, daß die Organisationen sich den mehr oder weniger begründeten Änderungsprozessen in Wirtschaft und Gesellschaft laufend anpassen müssen.

Vorurteile und mangelnde Sachkenntnis haben bis heute ein Mißtrauen über einen unangebrachten politischen und gesellschaftlichen Einfluß der Verbände wachgehalten. Erst in den letzten Jahren haben empirische wissenschaftliche Untersuchungen das negative Kollektivurteil einigermaßen berichtigt. Der auch in der Politik als rationale Methode eine Zeitlang beliebte Prozeß der Entmythologisierung hat zwar die pragmatische Einstellung der Gesellschaft zur Rolle der Verbände gestärkt, dafür aber in manchen Fällen eine Ideologisierung der Aufgaben gefördert. Das Schlagwort von der „Herrschaft der Verbände“ ist jedenfalls nicht mehr berechtigt, seitdem das Selbstbewußtsein der staatlichen Exekutive wesentlich gewachsen ist. Auch ein Stilwandel der Verbände hinsichtlich diskreter Kooperationsformen gegenüber den staatlichen und politischen Instanzen hat die Diskreditierung der Organisationen als „Interessentenhaufen“ wohl berichtigt.

Aufgabe des Staates wird zweifellos die pragmatische Sicherung der wesentlichen Funktionen des Gesamtsystems bleiben; ein allerdings nicht ganz überzeugendes Beispiel hierfür ist die „Konzertierte Aktion“. Den Verbänden wird es obliegen, als objektive und zuverlässige Beratungsinstitutionen für Politik und Verwaltung ebenso zur Verfügung zu stehen wie für ihre Mitglieder. Sie werden der Tendenz nach Verwissenschaftlichung und Versachlichung entsprechen und einer neuen Phase der Konfliktbewältigung Rechnung tragen müssen. Sie wird dadurch gekennzeichnet, daß es — wenn auch gegen Widerstände — zu einem optimalen Gruppenkompromiß der Gegner oder Partner kommen kann.

Die Verbände bleiben jedenfalls integrierte Komponenten eines modernen demokratischen Industriestaats. Als eine wichtige Zwischenstufe in der politischen Willensbildung zwischen Bürgern und Staat und durch die von ihnen wahrgenommene wenig augenfällige ständige Prüfung von Gesetzesvorhaben anhand der wirtschaftlichen Praxis bleiben sie unentbehrlich für eine vernünftige Zusammenarbeit von Legislative und Exekutive. Chancen und Gefahren der Verbände liegen in diesem Gleichgewicht, und das vergangene Vierteljahrhundert zeigt ungeachtet aller Differenzen im einzelnen, daß Fortschritte dieser Kooperation erzielt wurden. Erst in jüngster Zeit wurde es notwendig, die Abwehrkraft der Organisationen gegen Systemänderungen ohne Zielvorstellung zu stärken. Die Gefahr einer gewissen Erstarrung der Verbandsarbeit, die im Gegensatz zur Dynamik der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung steht, muß dabei überwunden werden.

Auch *Forsthoff* betont die Rolle der Verbände als eines eminent wichtigen stabilisierenden Faktors im Prozeß der Staatswillensbildung, der sich von Grund auf verändert hat. Folgerichtig wird der Staat auf die Mitwirkung der Wirtschaft und ihrer Organisationen angewiesen sein, wenn er seine Ziele durch Gesetze erreichen will. Daher müssen die Verbände sich auf die Aufgabe vorbereiten, in Krisenzeiten das Loyalitätsprinzip gegenüber dem Staat bewahren zu können. Das kann zu heftigen Reaktionen führen.

Das eigentliche Motiv der Abwehr gegen den emotionalen Reformismus der Gegenwart und wohl der überschaubaren Zukunft ist der Kampf um die Anerkennung von Tatbeständen. Ein wirklicher sozialer Fortschritt läßt sich aus Utopien nicht entwickeln.

Attraktiver allerdings als Realitäten ist zweifellos deren Mißachtung. Verächtern der Wirklichkeit, denen die Katastrophenerfahrung fehlt, muß der Widerstand gegen das Verändern ohne Ziel als verächtliche Reaktion erscheinen, ihr Argument ist der Terror der Ideologien.

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT FOR BAVARIA
APO 403

AG 441 OMGB-6/15

21 February 1946

SUBJECT: Allocation of Alcohol for Production of Medical Supplies.

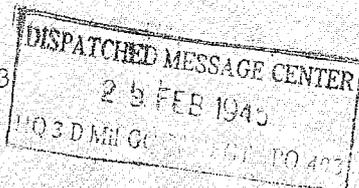
TO ✓ : Verein d. Bayerischen Chemischen Industrie, 3 Briennerstreet, Munich 2
Attn: Dr. S. Balke.

Reference to your letter in regards to the above subject dated 4 February 1946 to the Landeswirtschaftsamt, Landesstelle Chemie. You are directed to appear for a discussion on Thursday 28th February 1400 hours room 314 of the Office of Military Government for Bavaria, Industry Branch, Chemical Section, Tegernseerlandstreet.

FOR THE CHIEF, ECONOMICS DIVISION:

John H. Rollins
76
JOHN H. ROLLINS
Major CWS
Chief, Chemical Section
Industry Branch

Tel: Munich Military 2433





EDUARD KALB
Beirat 1947–1962



KURT LAUCKE
Sozialpolitischer Ausschuß 1951–1956



DR. HERMANN RÖMER
Beirat 1947–1960



PAUL O. SCHLICK
Beirat bzw. Sozialpolitischer Ausschuß
1949–1964

Die Marktwirtschaft muß die Gefahr der Ideologisierung aber ebenfalls vermeiden — sie ist stets gegenwärtig. Auch für die Marktwirtschaft gilt die Zielvorstellung, mit allen Tatsachen fertig zu werden — nicht zuletzt stellt die chemische Industrie ständig Anforderungen an erhöhte technische, wirtschaftliche und geistige Beweglichkeit.

Die politisch nachdringende Generation, die ihrer parteiorganisatorischen Berufsbezeichnung die entschuldigende Vorsilbe „Jung-“ befügt, denkt kritisch über den Wert der Marktwirtschaft und wird sich, soweit heute ersichtlich, nicht in allen ihren Kreisen mit einer Reform dieser Wirtschaftsordnung zufrieden geben. Während z. B. die Junge Union der CDU sich kürzlich zur wirtschaftlichen Konzeption der sozialen Marktwirtschaft bekannte, jedoch den Anspruch auf ein „fortschrittliches Korrektiv“ erhob, lauten die Argumente aus den Reihen der beiden anderen Parteien anders. So bei den Jungsozialisten: „Sie entlarven die Theorie von der Marktwirtschaft als eine die Wirklichkeit verschleiende Ideologie, um eine desto wirksamere Strategie zur Überwindung des in der Bundesrepublik tatsächlich zunehmend von Konzentration, Internationalisierung und staatlicher Absicherung bestimmten Kapitalismus zu entwickeln. Der marktwirtschaftliche Lenkungsmechanismus funktioniert nicht.“ Bei den Jungdemokraten lautet die Formulierung so: „Weil gesellschaftliche Bedürfnisse nur zu einem geringen Teil der Vereinzelung zugänglich sind, also überwiegend nicht als individuelle Nachfrage auf Märkten organisiert werden können, ist der Marktmechanismus als gesamtgesellschaftlich dominante Koordinierungstechnik nicht in der Lage, die Allokation der Produktivkräfte mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen in Übereinstimmung zu bringen.“

Radikalere Strömungen, die einen völligen gesellschaftlichen Umsturz anstreben, werden das neubeginnende Vierteljahrhundert bestimmen.

Voraussagen über die Zukunft benutzen mit Vorliebe das Jahr 2 000 als prognostische Zielscheibe. Die meisten Propheten werden allerdings die Richtigkeit ihrer Spekulationen nicht mehr nachprüfen können, weil sie es nicht mehr erleben.

Man kann aber wohl davon ausgehen, daß die jeweils jüngere Generation ihrer Frustrationen wieder Herr werden und versuchen wird, das Unzulängliche der bestehenden Gesellschaftsordnungen auszumerzen in dem Bestreben, die Priorität des Lebens vor dem Zweckrationalismus zu sichern. Hierauf war schließlich die Mühe der Überlebenden nach der Katastrophe des zweiten Weltkrieges gerichtet.

Heute wissen wir naturgemäß nicht, wie die zukünftigen Gesellschaftssysteme aussehen und arbeiten werden — ein verabsolutierter Determinismus mit willenslosen Erfüllungshelfen bleibt den systemändernden Kräften hoffentlich erspart. Das als unsozial angegriffene Leistungsprinzip wird unentbehrlich bleiben, es erfordert einen Freiheitsraum für individuelle Entscheidungen und Verantwortung und führt nicht zu einem trostlosen Robotertum, sondern bringt auch die Befriedigung über das Gelingen.

Wie immer die Zukunft aussehen wird, eine internationale Marktordnung für gebratene Tauben zum Nulltarif ist bis jetzt nicht programmiert.

Auch in unserer Chemiewirtschaft in Bayern wird weiter hart gearbeitet werden müssen, was keinen Verstoß gegen humane Grundsätze bedeuten muß. Daß der materielle und ideelle Erfolg dieser Anstrengungen auch in Zukunft nicht ausbleiben wird, gewährleistet die Geschichte der nunmehr vergangenen fünfundzwanzig Jahre.

**Organe des Vereins der Bayerischen
Chemischen Industrie e.V.
und des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. -
Landesverband Bayern - 1970/71**

Ehrenmitglieder des Vorstandes:

Senator Dr. Walter Gammert

Dr.-Ing. Paul Heisel

Vorstand: (für beide Organisationen personengleich)

Professor Dr.-Ing. Siegfried Balke —
Vorsitzender

Direktor Otto Esser

Konsul Dr. Friedhelm Finke

Direktor Dipl.-Ing. Wolf Dietrich Frowein

Dr. Fr. Kolke

Direktor Ekkehard Maurer

Dr. Walter Ringer

Dr. Karl Wamsler

Sozialpolitischer Ausschuß des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.:

Direktor Ekkehard Maurer —
Vorsitzender

Dr. Hans Baur

Dr. Rudolf Bergmann

Günter Dombrowsky

Dr. Herbert Endrös

Dr. Klaus Feldmann

Dr. Andreas Fischer

Wil Ernst Huth

Dipl.-Ing. Theo Kaufmann
Werner Linn

(Vertreter: Willi Kirchhoff)

Dr. Walter Reiserer

Josef Roth

Karl Speiser

Dr. Alfred Hasford

Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher

Dr. Manfred Schückerk

*Wirtschaftspolitischer Ausschuß des Vereins der Bayerischen
Chemischen Industrie e. V.:*

Dr. Gerd Asser	Apotheker Walter Karreth
Dr. Theodor Böhme	Günther Klinge
Dr. Karl Bunde	Dr. Hans-Peter Kraft
Theodor Dirksen	Dr. Hans Oberrauch
Dr. Karl-August Forster	Dr. Heinrich Schubert
Dipl.-Ing. Hanns Fröhler	Dr. Jürgen Smidt
Dr. Heinz Haury	Dr. Walter Voltmer
Dr. Kurt Herrmann	Dr. Otto Wiesemann
Dr. Carl-Ernst Hofstadt	

Beirat des Verbandes der Chemischen Industrie e. V. — Landesverband Bayern:

Dr. Gerd Asser	Dr. Otto Kopp
Dr. Jürgen Behne	Erich Kopschitz
Dr.-Ing. Herbert Berg	Dr. Hans-Peter Kraft
Dr. Theodor Böhme	Rainer Marx
Theodor Dirksen	Horst Munz
Günter Dombrowsky	Dr. Hans Oberrauch
Dr. Klaus Feldmann	Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher
Dr. Andreas Fischer	Dr. Heinrich Schubert
Dr. Karl August Forster	Dr. Walter Voltmer
Dipl.-Ing. Hanns Fröhler	Professor Dr. Karl Heinz Wacker
Dr. Carl-Ernst Hofstadt	Dr. Otto Wiedemann
Günther Klinge	

Geschäftsführung des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie e. V.:

Dr. Werner Kalb — Hauptgeschäftsführer	Assessor Helmut Köhnlein Emmy Götz
---	---------------------------------------

*Geschäftsführung des Verbandes der Chemischen Industrie e. V. —
Landesverband Bayern:*

Dr. Hanns-Egon Freund	Ingeborg Richter-Baruth
-----------------------	-------------------------

STANDORTE DER CHEMISCHEN INDUSTRIE IN BAYERN

Chemie

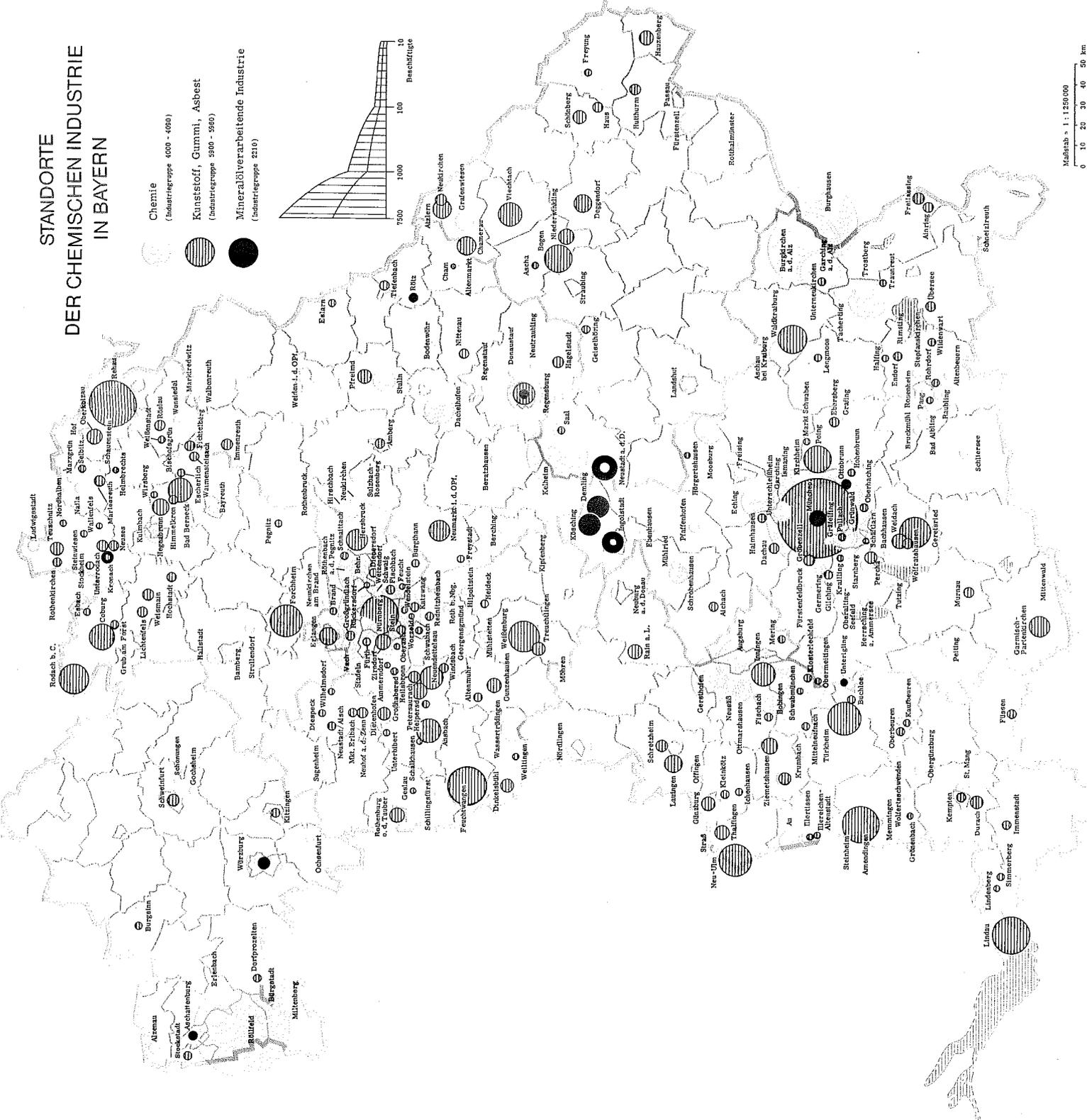
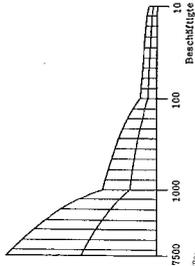
(Industriegruppe 4000 - 4900)

Kunststoff, Gummi, Asbest

(Industriegruppe 5900 - 5980)

Mineralölverarbeitende Industrie

(Industriegruppe 2210)



Brigitte Hotholzer
Orto Raschka
Cäcilie Görtler

VON bis

- 1. 10. 45 30. 6. 47
- 1. 11. 6. 47 30. 6. 49
- 1. 10. 47 31. 12. 67
- 15. 8. 47 31. 12. 48
- 1. 12. 48 31. 12. 51
- 1. 1. 49 31. 12. 53
- 1. 4. 51 31. 3. 54
- 15. 7. 52 30. 4. 60
- 1. 4. 54 30. 4. 62
- 1. 11. 60 30. 9. 63
- 1. 5. 62 30. 9. 63
- 20. 9. 63 31. 5. 70

1. 9. 58

- 1. 4. 65 30. 9. 66
- 1. 10. 67 31. 1. 68
- 1. 1. 68 15. 3. 68
- 1. 3. 68